



IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Parteivorstand
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Druck:
Dräger + Wullenwever
print + media Lübeck GmbH & Co. KG.
Grapengießerstraße 30
23556 Lübeck

Bildnachweis:
- Archiv der sozialen Demokratie der
Friedrich-Ebert-Stiftung; Museum der Arbeit,
Stiftung Historische Museen Hamburg (Abb. 8)
- Susanne Schütt (Abb. 1)

SPD.DE



**„WILLST DU ARM UND
UNFREI BLEIBEN?“**

**Louise Zietz
(1865 – 1922)**

Tobias Kühne

SPD.DE

TEXT UND REDAKTION

Tobias Kühne (*1974), promovierte mit einer Studie zum Netzwerk „Neu Beginnen“ in Berlin nach 1945 an der TU Berlin, freier Historiker und Redakteur der Zeitschrift *perspektiven ds.*

INHALT

Vorwort	4
1. Einleitung	6
2. Eine Kindheit und Jugend in Bargteheide	7
3. Frühe Jahre in Hamburg	9
4. August Bebels „Die Frau und der Sozialismus“	10
5. Frauenleben und Frauenbewegung im Kaiserreich	12
6. Von der Sozialistin zur Berufspolitikerin	16
7. Louise Zietz als Agitatorin	22
8. Im Dienst der Partei	29
9. Die Gebärstreikdebatte von 1913	32
10. Louise Zietz, die Frauen und der Krieg	37
11. Die Parteispaltung von 1917	43
12. Die Revolution und der Aufbau der ersten deutschen Demokratie	50
13. Nachleben	66
14. Schluss	68

VORWORT

Louise Zietz galt vielen in ihrer Zeit als „der weibliche Bebel“. Dennoch ist ihr in den Geschichtsbüchern nie der Platz zuteil geworden, den ihre Zeitgenossinnen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin erhalten haben. Nun, zu ihrem 150. Geburtstag, wollen wir mit Louise Zietz, am 25. März 1865 in Bargteheide geboren, eine großartige Sozialdemokratin und ihr politisches Wirken mit dieser Broschüre ehren.

Louise Zietz ist Pionierin gewesen. Als erste Frau zog sie im Jahre 1908 in den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein, für den sie als Frauensekretärin arbeitete.

Zuvor hatte Zietz schon lange für die Gleichstellung von Frauen und Männern gekämpft, für bessere Arbeitsbedingungen und für Geburtenkontrolle. All dies in einer Zeit, in der Frauen die politische Agitation gar nicht erlaubt war. Zu Beginn ihrer politischen Arbeit richtete sie ihr Augenmerk auf die gewerkschaftliche Organisation von Frauen und ihre Rolle in den Arbeitskämpfen jener Jahre. Die gesellschaftlichen Umbrüche, die die Industrialisierung mit sich brachte, begleitete Louise Zietz stets kritisch. Unermüdlich engagierte sie sich, das Leben der Menschen konkret zu verbessern.

Louise Zietz ist uns bis heute als Sozialdemokratin ein Vorbild.

Die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, mögen andere sein. Doch nach wie vor ist die Arbeitswelt der Ausgangspunkt für Veränderungen, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfassen. Gerade erleben wir hier eine der bedeutendsten Veränderungen seit der Industrialisierung. Die Digitalisierung verändert, wie wir arbeiten, wie wir leben und wahrscheinlich in wenigen Jahren auch, wie wir denken.

Als Partei wollen wir diese Herausforderungen entschlossen annehmen. Unser Anspruch als SPD ist es, aus dem epochalen technischen Fortschritt der Digitalisierung einen gesellschaftlichen Fortschritt zu machen.

Ich möchte mich bedanken bei vielen, die diese Broschüre über das Leben und Wirken von Louise Zietz möglich gemacht haben: Allen voran bei Dr. des. Tobias Kühne, der das Leben von Louise Zietz in den geschichtlichen Kontext eingebettet hat, und bei Marina Spillner, die ihre unveröffentlichte Diplomarbeit zur Verfügung gestellt hat, auf der maßgebliche Teile dieser Broschüre beruhen. Mein besonderer Dank gilt auch Prof. Dr. Helga Grebing für die wissenschaftliche Begleitung dieses Projekts. Ein Dankeschön geht an den Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies, der den Anstoß für die Aktivitäten und Feierlichkeiten zu Ehren von Louise Zietz gab. Vielen Dank auch an die Vorbereitungsgruppe in Bargteheide, die gemeinsam mit Franz das Jubiläum organisiert hat: die SPD-Kreisvorsitzende Susanne Danhier, der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Pierre Schladenhaufen, sein Stellvertreter Sebastian Schütt (Urugroßneffe von Louise Zietz), Susanne Schütt (Urugroßnichte) und Angela Thomsen, Mitglied des SPD-Ortsvereinsvorstands. Einbeziehen in den Dank möchte ich darüber hinaus die Stadt Bargteheide und die weiteren Akteure vor Ort, die mit ihrem Engagement dazu beitragen, dass Louise Zietz ein würdiges Gedenken bewahrt wird.

Berlin, im März 2015



Yasmin Fahimi
SPD-Generalsekretärin

1 EINLEITUNG

Louise Zietz, die ihren Vornamen später auch Luise schrieb, gehört in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu jenen Persönlichkeiten, die fast vollständig vergessen worden sind. Ihre Mitstreiterinnen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin sind vielen Menschen heute noch bekannt, Louise Zietz hingegen findet häufig nicht einmal Aufnahme in Standardwerke zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie. Die Gründe dafür sind vielfältig. Dennoch gehörte sie ganz eindeutig zu den wichtigsten Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung, in der Rückschau wird man sie vielleicht sogar als die bedeutendste Sozialdemokratin ihrer Zeit bezeichnen können.



Abb. 1: Louise Zietz, ca. 1909

Dabei war Louise Zietz für ihre Zeitgenossen keine Unbekannte. Pausenlos bereiste sie Deutschland und hielt flammende Reden, schrieb zahlreiche Artikel für *Die Gleichheit* und *Die Neue Zeit* sowie Broschüren und Bücher. Als „weiblicher Bebel“ war sie aufgrund ihrer rhetorischen Fähigkeiten den Genossinnen und Genossen eine Heldin und den bürgerlichen Politikern und Medien ein Ärgernis. Ihr politischer Werdegang aber war, als sie 1865 im kleinen Bargteheide in der Nähe von Hamburg geboren wurde, keinesfalls vorhersehbar. Aus ärmlichen Verhältnissen stammend lernte sie in Hamburg die sozialdemokratisch geprägte Arbeiterbewegung kennen und wurde zur Sozialistin. Den wichtigsten Teil ihres politischen Lebens verbrachte sie dann beim Parteivorstand der SPD in Berlin. 1922 verstarb sie in Berlin.

2 EINE KINDHEIT UND JUGEND IN BARGTEHEIDE

Bargteheide, zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ein kleiner Ort nordöstlich von Hamburg, seit 1867 Teil der preußischen Provinz Schleswig-Holstein, Kreis Stormarn. Rund 1.200 Menschen leben hier in gut 260 Haushalten. Hier gibt es die für eine Landgemeinde unerlässlichen handwerklichen Betriebe wie Fleischer, Bäcker oder Schmiede, eine kleine protestantische Kirche und ein armseliges Schulgebäude. Viel ist hier nicht los, aber die Mehrheit der Deutschen lebt in Orten wie diesem. Man lebt vor allem von der Landwirtschaft, die wenigen Weber- und Heimarbeiterfamilien in Bargteheide sind in Folge der Industrialisierung der Textilherstellung massiv in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Nicht weit entfernt, in Neumünster, sind schon die ersten Textilfabriken entstanden.

In diese Welt also wird am 25. März 1865 Louise Zietz, geb. Körner, hinein geboren. Vater Körner war Wollweber und stemmte sich vergeblich gegen den sozialen Abstieg. „Die Wollweberei“, so berichtete es später Louise Zietz' Weggefährtin Marie Juchacz, „ein im Lande der Schafzucht sehr verbreitetes Handwerk, führte zur Zeit von Louises Jugend schon lange einen hoffnungslosen Kampf gegen das Vordringen der Maschine. Der Webermeister war noch immer stolz auf seine wirtschaftliche Selbstständigkeit, als die Maschine sich längst auf ihrem Siegeszug befand. Auch Vater Körner wehrte sich, ein Fabrikarbeiter zu werden und opferte seiner längst zum Phantom gewordenen Selbstständigkeit nicht nur seine eigene Kraft und Gesundheit; die Frau mußte über ihre Kräfte mitarbeiten und die Kinder, bis zum Kleinsten herunter, wurden um Gesundheit und Jugendglück betrogen.“¹ Marie Juchacz erkannte sehr gut, dass es für diese Menschen nicht nur um ihr materielles Auskommen ging, sondern auch um ihre Würde.

Louise Zietz selbst berichtete viele Jahre später in der USPD-Zeitschrift *Die Kämpferin* von ihrer entbehrungsreichen Kindheit. Sie musste die Rohwolle zerpfücken, ölen und weiter zerkleinern. Wenn einer der Hunde, der die Kratzmaschine in einem Tretrad antrieb, ausfiel, mussten die Kinder einspringen. Aber schlimmer noch war das anschließende Spulen. „Da hockten

wir Stunde um Stunde auf dem niedrigen Stühlchen hinter dem Spulrad bei der entsetzlich eintönigen und ermüdenden Arbeit, immer nur spulen, spulen, spulen. Der Rücken schmerzte, der rechte Arm, der das Rad drehen mußte, drohte zu erlahmen, die Finger der linken Hand wurden von den scharf gesponnenen Fäden, die zur gleichmäßigen Verteilung auf die Spule geleitet werden mussten, blutig gerissen.“ Hinzu kam die Kälte und der Hunger, für ein fröhliches Treiben mit den Nachbarskindern fehlte die Zeit. Als mindestens so schlimm aber empfand die kleine Louise die Erniedrigungen und die Scham, die eine derart triste Existenz mit sich brachte. Wenn sie als Neunjährige Waren in Nachbardörfer auslieferte und man ihr dort die Bezahlung verweigerte, war ihr schmerzlich bewusst, dass es für ihre Familie kein Abendbrot geben würde. Selbst noch ein halbes Jahrhundert später war für Louise Zietz diese Erfahrung von Ohnmacht und Hilflosigkeit immer noch gegenwärtig. Sie musste, schrieb sie, „mit leeren Händen heimkehren, das Herz voll Ärger und Kummer und Tränen des Zornes im Auge, aber nie brachte ich es über mich, zu sagen: Wir haben kein Brot im Haus.“ Louise Zietz wusste Zeit ihres Lebens sehr genau, was Armut und Ausgrenzung bedeuteten. Das sollte ihre politische Arbeit, ihr politisches Handeln und Denken bis zu ihrem Tod bestimmen. Wer den Hunger kennt, neigt nicht zu abstrakten Theoriedebatten.

Aber etwas weiteres deutete sich schon in ihrer Kindheit an. Ihr Dorflehrer hatte mit einigen Mühen eine Schülerbibliothek eingerichtet, aus der sie eifrig Bücher entlieh. „Ich las leidenschaftlich gerne“, erinnerte sich Louise Zietz, „vielleicht um so lieber, weil ich sehr wenig Zeit dazu übrig hatte. In mein Buch vertieft, vergaß ich alles um mich her. Da lebte ich in einer anderen Welt, die das Buch mir erschloß. Unablässig beschäftigte sich meine Phantasie mit dem Gelesenen, und oft habe ich mir vorgenommen, den Helden der Erzählungen, die mir besonders gefielen, nachzueifern.“² Schon die kleine Louise Körner wollte sich nicht unterkriegen lassen, sich nicht mit ihrer Armut abfinden und hatte den Traum von einem besseren Leben. Und Bildung war der Schlüssel dazu, diesen auch zu verwirklichen. „Diese Kinderjahre“, so formulierte es wiederum Marie Juchacz treffend, „waren immer der Schatten über dem Leben Louises, aber auch der Stachel, der sie vorwärtstrieb.“³

3 FRÜHE JAHRE IN HAMBURG

Mit 14 Jahren ging Louise Zietz ins nahe Hamburg, um dort bei Verwandten als Dienstmädchen zu arbeiten. Warum genau sie dies tat, wissen wir heute nicht, aber es war eine sehr zeittypische „Karriere“ für eine Jugendliche vom Lande. Aber auch hier waren die Arbeitsbedingungen hart und die Entlohnung gering. In dieser Stellung war sie letztlich nicht weniger eingespannt und abhängig, als sie es schon aus Bargteheide kannte. Wieder schlug sie einen Weg ein, der für unzählige Frauen ihrer Herkunft üblich war: Sie ging als Arbeiterin in eine Fabrik, zunächst in der Tabakindustrie.

Auch dort wird die Arbeit anstrengend, lang und schlecht bezahlt gewesen sein, aber endlich fand sie wieder Zeit zum Lesen und Lernen, das ihr schon in ihrer Kindheit so viel bedeutet hatte. Diese Bildungsbeflissenheit, der Wille zur Selbstbildung unter schwierigen Bedingungen zeichnete sie ebenso aus wie viele andere Proletarierinnen und Proletarier in der Arbeiterbewegung, so auch ihren späteren Mentor August Bebel. Wohl auch aufgrund ihres Selbststudiums gelang es ihr unter großen Mühen, an der Hamburger Fröbelschule eine Ausbildung zur Kindergärtnerin zu absolvieren. Das war für eine Frau ihrer Herkunft keinesfalls selbstverständlich, pädagogische oder pflegerische Berufe waren auch für Frauen mit höherem sozialen Status oft die einzige Möglichkeit, einer selbstbestimmten Tätigkeit auf mittlerem Niveau nachzugehen. Für Louise Zietz jedenfalls ist die Ausbildung bereits ein sozialer Aufstieg in einer Gesellschaft gewesen, in der die Klassen- und Geschlechterschranken kaum zu überwinden waren. Aber dieser Aufstiegs-wille führte bei ihr, wiederum ähnlich wie bei August Bebel, nicht zu einer Abgrenzung „nach Unten“, sondern vielmehr zu einer Reflexion der gesellschaftlichen Verhältnisse.



Mit der Arbeiterbewegung und den sozialistischen Ideen kam sie über ihre Heirat mit dem Hafenarbeiter Carl Zietz im Jahr 1885 in Berührung. Damit war der Grundstein für ihre weitere politische Entwicklung gelegt.

Für Louise Zietz war die Lektüre eines Buches *das* politische Erweckungs-erlebnis, wenigstens stellte sie es so in einem Nachruf auf den Verfasser in der Zeitschrift *Die Gleichheit* im Jahr 1913 dar. „Als ich Ende der achtziger Jahre“, schrieb sie mit einigem Pathos, „als blutjunge Frau Bebel's Buch ‚Die Frau und der Sozialismus‘ in die Hand nahm, da ging es mir, wie es so vielen, vielen Proletarierfrauen ebenso ergangen ist: Wie Schuppen fiel es uns von den Augen“⁴. Ob August Bebel's Bestseller nun ein derart tiefer Einschnitt im politischen Leben von Louise Zietz und anderen Frauen gewesen ist, sei dahingestellt. Aber „Die Frau und der Sozialismus“ gehörte zweifellos zu den Klassikern der sozialistischen Literatur und beeinflusste eine ganze Generation von Sozialistinnen und Sozialisten.

4 AUGUST BEBELS „DIE FRAU UND DER SOZIALISMUS“

Wie bei jedem anderen Klassiker auch kann man sich Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln annähern. Man kann das Buch als einen Beitrag zur Emanzipation der Frau aus sozialistischer Perspektive verstehen. Ebenso als eine Begründung des Sozialismus am Beispiel der Frauenfrage. Oder auch als historischen Abriss der Stellung der Frau in der Gesellschaft. Aber auch eine ganz andere Lesart ist möglich, worauf Bebel's Biograf Jürgen Schmidt hinweist. Demnach sei es dem „Arbeiterkaiser“ nicht so sehr um die Emanzipation und Gleichstellung der Frauen gegangen, „sondern darum, dass die Frauen ihre Männer unbehelligt ihre politische Arbeit machen lassen sollten.“⁵ Das Buch gibt in der Tat all diese Interpretationen her, es ist in sich nicht frei von Widersprüchen und formuliert auch kein einheitliches Frauenbild. Und bei allem bis heute anhaltenden Lob für die emanzipatorische Wucht von Bebel's Buch

blieb sein Verfasser „doch auch ein Mann seiner Zeit, und so war er letztlich nie ganz imstande, sich von den damals allgemein verbreiteten Vorurteilen über die Natur und den Charakter der Frau, der Ehe und der Familie zu befreien.“⁶ „Die Frau und der Sozialismus“ war vielleicht eben genau deshalb so erfolgreich, weil die Leserinnen und Leser es sich ganz unterschiedlich aneignen konnten. Jedenfalls erschien im Jahr 1910 die 50. Auflage, schon die vorherigen Auflagen waren von Bebel kontinuierlich überarbeitet und erweitert worden. Insgesamt waren in diesem Zeitraum wohl über 100.000 Exemplare in Deutschland verbreitet.

Eines aber sticht bei der Lektüre von „Die Frau und der Sozialismus“ bei allen unterschiedlichen Lesarten doch heraus, und das meinte wohl auch Louise Zietz, wenn sie bei sich und anderen „Schuppen von den Augen“ fallen sah. Gemeint ist das anschauliche Bild, das August Bebel von der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft zeichnete. Genau daran hatte es ja bei so vielen sozialistischen Klassikern, etwa auch bei Marx und Engels, gemangelt. Alle Übel der Gesellschaft seiner Zeit, so Bebel, würden im kurz bevor stehenden Sozialismus beseitigt werden. Und da wurde er sehr konkret und bot Antworten auf die lebensweltlichen Probleme und Bedürfnisse seiner Leserschaft. „Die Herstellung der Mahlzeiten“, so Bebel euphorisch, „besorgen die in grossartigstem Maßstab eingerichteten Centralküchen weit besser und unter bedeutender Ersparung von Arbeitskraft und Feuerungsstoff, als die Frau selbst es könnte. [...] Auch dürfte das gelieferte Produkt unzweifelhaft ein unvergleichlich besseres und reichhaltigeres sein, als wenigstens 95 Prozent der Bevölkerung heute es sich verschaffen können.“ Und neben diesen Großküchen würde es noch „mechanisch-chemische Waschanstal-



Abb. 3: August Bebel's *Die Frau und der Sozialismus* übte auch auf Louise Zietz einen großen Einfluss aus



Abb. 4: Der „Arbeiterkaiser“
August Bebel (1840-1913), 1908

ten nebst Trockenräumen“ geben. Aber darüber hinaus würde im Sozialismus „durch die Errichtung von Museen, Bibliotheken, Hörsälen für öffentliche Vorlesungen aller Art, Theater- und Concertsäle chemische und physikalische Laboratorien, aufs zweckmässigste eingerichtete Hospitäler etc. es an Bildungsmitteln und Bildungsgelegenheiten nicht fehlen lassen“⁷. Nicht zuletzt die Frauen würden durch die Sozialisierung und den Ausbau des Bildungssystems von ihrer Erziehungsarbeit dramatisch entlastet werden. Selbst an die Verbreitung von Austern, Wein und Champagner war

im Sozialismus gedacht und auch in Liebeshinrichtungen herrsche Harmonie! Was für ein Unterschied zu der Gesellschaft, in der Bebel's Leserinnen und Leser lebten und leben mussten. Aber dieses sozialistische Utopia war nicht nur zum Greifen nahe, es würde wissenschaftlich erwiesen in Kürze kommen *müssen*. Bedenkt man Louise Zietz' fast schon traumatische Kindheitserinnerungen, die von so vielen anderen Menschen auch geteilt wurden, so ist die Anziehungskraft von „Die Frau und der Sozialismus“ auf sie und viele andere Menschen mehr als nachvollziehbar.

5 FRAUENLEBEN UND FRAUENBEWEGUNG IM KAISERREICH

Von den Modernisierungsprozessen im 19. Jahrhundert haben die Frauen, unabhängig von ihrem sozialen Status, zunächst nicht profitiert, eher das Gegenteil trifft zu. Die Auflösung des traditionellen Haushaltes und die rasante Zunahme zumeist männlicher Lohnarbeit entwertete die

Rolle der Frau und weiblicher Tätigkeiten erheblich und erforderte neue, letztlich repressive Geschlechterbilder. „Lebensziel der Frau“, so umschreibt Thomas Nipperdey das zeitgenössische Ideal, „waren Heirat und Familie; Arbeit, Pflicht und Opfer waren das, was erwartet wurde, und sonst Natürlichkeit, Schlichtheit und gesundes Gefühl.“⁸ Und dieses bürgerliche Frauenbild war bis tief in das sich entwickelnde Arbeitermilieu verbreitet. Nur, wenn es in bürgerlichen Familien tatsächlich zu einer Annäherung von Ideal und Wirklichkeit gekommen sein mochte, für Frauen aus den unterbürgerlichen und proletarischen Schichten war diese Entwicklung doppelt problematisch. Denn gerade in Arbeiterfamilien war es in der Regel undenkbar, den Lebensunterhalt mit nur einem – dem männlichen – Gehalt zu bestreiten. „Das von der Arbeiterbewegung übernommene bürgerliche Rollenbild“, so fasst es Ralf Hoffrogge pointiert zusammen, „bedeutete eine Doppelbelastung für die proletarischen Frauen: Sie mußten lohnarbeiten und sich *zusätzlich* um Haushalt und Familie kümmern.“⁹ Vor diesem Hintergrund wurde weibliche Lohnarbeit als „Zuverdienst“ zugleich toleriert als auch entwertet, war ungleich schlechter bezahlt als die Arbeit der Männer und häufig genug gesundheitsgefährdend. Darüber hinaus blieb Frauenarbeit prekär, häufiger Arbeitsplatzwechsel und die Abfolge von Lohnarbeit, Mutterschaft, Hilfstätigkeiten, Erziehungsarbeit etc. blieben für viele Frauen die Lebensrealität. Arbeit und Beruf mochte für viele Männer eine identitätsstiftende Funktion ausüben, für die meisten Frauen blieb Arbeit eine unsichere Durchgangsstation. Eben dies machte die Identifikation von Frauen mit der Arbeiterbewegung häufig so schwierig und die Aufklärung und Agitation von Genossinnen wie Louise Zietz so wichtig.

Neben ihrer Marginalisierung im Arbeitsprozess waren Frauen im Kaiserreich politisch nahezu vollständig entmündigt. Das Wahlrecht im Kaiserreich und den einzelnen Staaten und Kommunen



Abb. 5: Textilarbeiterinnen in einer Arbeitsstube, ca. 1910

war natürlich ein reines Männerwahlrecht, bis zum Reichsvereinsgesetz von 1908 war Frauen in vielen Bundesstaaten – insbesondere in Preußen – jegliche politische Organisation und Betätigung untersagt. In rechtlicher Hinsicht waren Frauen der Vormundschaft ihrer Väter und Ehemänner unterworfen und standen damit ein Stück weit außerhalb des Rechtsstaates. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich in Deutschland zwar eine bürgerliche Gesellschaft, aber von eigentlichen Staatsbürgerinnen konnte keine Rede sein.

Wenn Frauen im Kaiserreich politisch und wirtschaftlich diskriminiert und durch ein rigides Rollenbild an den gesellschaftlichen Rand gedrängt wurden, so gab es darüber hinaus noch ein Thema, das für die Lebenswirklichkeit von Frauen von geradezu existenzieller Bedeutung war: Sexualität und Geburtenkontrolle. Seit jeher haben Frauen und bisweilen auch Männer die Verhütung ungewollten Nachwuchses betrieben. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde dieses Problem noch einmal aus zwei Gründen akuter. *Erstens* nahm in diesem Zeitraum die Geburtenrate rapide ab, von 1880 bis 1912 etwa um 30 Prozent. Diese vor allem in den Städten beobachtbare Entwicklung hatte viele Gründe. Der Rückgang religiöser Prägungen zählt ebenso dazu wie eine neue, rationale Form der Familienplanung. Medizinische und hygienische Errungenschaften verminderten sowohl die Säuglingssterblichkeit als auch den Tod im Kindbett. Gerade in den Städten wuchsen die Unterhaltskosten für die Kinderaufzucht, während sich die Lohnarbeit vor allem auch in der Fabrik als äußerst familienunfreundlich erwies. Kurzum: Viele Frauen hatten gute Gründe, nicht mehr als drei oder vier Kinder zu bekommen. Aber *zweitens* drang der Staat immer tiefer in gesellschaftliche Bereiche wie auch der Geburtenkontrolle ein, die in der vormodernen Gesellschaft gar nicht reguliert werden konnten. Dabei wurde das „Problem“ des Geburtenrückgangs gerade von den Eliten ideologisch aufgeladen, an die Lebenswirklichkeit der Frauen dachte dabei niemand: „Für konservativ Gesinnte, und Katholiken gar, war Geburtenkontrolle als Trennung von Sexualität und Fortpflanzung ein Ausdruck rationalistisch-individualistischer Emanzipation, ein Verstoß gegen natürliche Grundgegebenheiten. Für die Nationalisten war sie – man hatte das warnende Beispiel Frankreichs vor Augen – ein Schwund an ‚Volkskraft‘, die Drohung eines ‚sterbenden Volkes‘. Für die ‚Rassenhygieniker‘ und Eugeniker ging es um

die generelle Verschlechterung des Erbgutes, weil es die Träger besserer Erbanlagen seien, die verantwortliche Elternschaft praktizierten, während die weniger Wertvollen sich überproportional vermehrten.“¹⁰

Dieser Widerspruch zwischen persönlichen Interessen und gesellschaftlichen bzw. staatlichen Erwartungen wirkte sich katastrophal auf die Lebenswelt vieler Frauen aus und wurde auch politisch relevant. Mit dem seit 1900 gültigen „Unzuchtparagraphen“ war der Handel von Verhütungsmitteln gesetzlich verboten, und für Abtreibungen galt schon damals der § 218. Die illegal besorgten Verhütungsmittel waren häufig teuer aber wirkungslos, Abtreibungen lebensbedrohlich. Aber all das gehörte zum Frauenalltag in Deutschland. Eine Zeitzeugin überlieferte die Qual von Arbeiterfrauen: „Die ersten Mutterspritzen wurden in der Arbeiterfamilie greifbar zwischen 1906 und 1910. Die wurden langsam bekannt und wurden unter dem Ladentisch verkauft. Fasseife – das war das Billigste. Das hatte jede Frau in der Küche, weil sie ihre Wäsche damit gewaschen hat. Die Konzentration der Seife hatte zum Effekt: Abtötung der Frucht – der Abort durch Verätzen. Der Durchschnitt der Arbeiterfrauen wurde in der Regel 36 bis 38 Jahre alt. Sie waren verletzt oder unterleibskrank. So nannte man das damals: unterleibskrank durch viele Aborte.“¹¹

Die geschilderte Situation von Frauen im Kaiserreich provozierte natürlich Gegenbewegungen, zunächst in Form der bürgerlichen Frauenbewegung seit den 1860er Jahren. Diese Bewegung, besser vielleicht: Bewegungen, war äußerst heterogen, beinhaltete moderate und radikale Strömungen. Zunächst konnten diese liberalen Frauenvereine auch Arbeiterinnen vertreten, aber seit etwa Ende der 1880er Jahre wurde deutlich, dass die Interessen von bürgerlichen und proletarischen Frauen nicht deckungsgleich waren und auch nicht sein konnten. Seit diesem Zeitpunkt, insbesondere nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes im Jahr 1890, begannen Frauen mit dem Aufbau einer eigenen sozialistischen Frauenbewegung, die sich scharf von der alten Frauenbewegung abgrenzte. In diese Zeit fällt auch die Politisierung und die erste politische Betätigung von Louise Zietz.

6 VON DER SOZIALISTIN ZUR BERUFSPOLITIKERIN

Was hatte die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie jungen, politisch interessierten Frauen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eigentlich zu bieten? Natürlich Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ und einige andere Schriften, aber gerade August Bebels Klassiker täuscht doch in mancher Hinsicht eine Realität vor, die es programmatisch und vor allem auch mental so in der Arbeiterbewegung nicht gab.



Abb. 6: Louise Zietz und weitere Delegierte des Parteitag in München, 1902

Vom Parteitage * Berlin in München.
 Neben von C. M. G.:
 1. Wetz (S)
 2. Wölffl H. H. H.
 3. Wölffl H. H. H.
 4. Louise Zietz
 5. Oppolzer
 6. H. H. H.
 7. H. H. H.
 8. Clara Zetkin
 9. H. H. H.
 10. H. H. H.
 11. Robert Bruns

In ihren Programmen tasteten sich die frühen Arbeiterparteien nur langsam und zögerlich an die Frauenfrage heran, den ansonsten so kämpferischen Ton vermisst man hier gänzlich. Sowohl die Lassalleaner als auch die Eisenerer um Bebel und Wilhelm Liebknecht standen in den 1860er Jahren der Frauenarbeit kritisch gegenüber, an die Möglichkeit eines Frauenwahlrechts dachten damals offenbar auch Sozialisten nicht. Das auf dem Vereinigungs-

parteitag von 1875 verabschiedete Gothaer Programm brachte auch keine wesentlichen Neuigkeiten. Gefordert wurde das Verbot „aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit“ und etwas nebulös ein gleiches Wahlrecht „aller Staatsangehörigen“, ohne dabei allerdings explizit auf das Frauenwahlrecht einzugehen. Erst im Erfurter Programm von 1891 wurde es konkreter, und man kann wohl erst ab diesem Zeitpunkt von einer genuin sozialdemokratischen Frauenpolitik sprechen. So wurde das Wahlrecht „ohne Unterschied des Geschlechts“ nun ausdrücklich als Forderung benannt und ebenso die „Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.“¹²

Der gerade geschilderte programmatische Durchbruch im Erfurter Programm hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeiterbewegung und auch die Sozialdemokratie doch weiterhin fast durchweg männlich geprägt war. So wurden auch hier offen oder subtil Stereotype über Frauen transportiert, was einer aufmerksamen Beobachterin wie Louise Zietz kaum entgangen sein wird. Als sie zum Stuttgarter Parteitag 1898 delegiert wurde, äußerten einige „Parteifreunde“: „Es sei eine Schande, daß der 1. Kreis durch eine Frau vertreten werde.“ Sie selber aber wehrte sich gegen „persönlich gehässige Angriffe Hamburger Delegierter gegen ihre Person“¹³. Und selbst August Bebel sprang auf eine Weise mit seinen Genossinnen wie Louise Zietz, Clara Zetkin und Rosa Luxemburg um, wie es gegenüber Genossen kaum denkbar gewesen wäre. „Der Zetkin schrieb er schon 1892 den Fehler ‚der meisten Frauen‘ zu. Er fand nämlich, daß auch sie zu wenig Sinn für Tatsachen habe und Bandwürmer schreibe. Über die Zetkin wie die Luxemburg urteilte er 1910, dass es doch mit den Frauen eine merkwürdige Sache sei. Kämen Liebhabereien, Leidenschaften oder Eitelkeiten ins Spiel, dann sei auch die Klügste außer Rand und Band und werde feinselig bis zur Sinnlosigkeit“. An Louise Zietz schrieb er: „Ich habe den Eindruck, daß Ihre Nerven hochgradig überreizt sind, Sie täten am besten, Ferien zu nehmen und sechs bis acht Wochen in ein Erholungsheim zu gehen, wo man Ihnen jede Beschäftigung mit Politik verbietet.“¹⁴ Ganz ähnlich hatte er sich schon in *Die Frau und der Sozialismus* geäußert, als er auf die „unangenehmen Eigenschaften des weiblichen Charakters“ hinwies, die erst durch den Sozialismus beseitigt

würden, nämlich „Klatschsucht und Neigung zu nichtssagender Unterhaltung, leicht erregbarer Neid und Eifersucht gegen die eigenen Geschlechtsgenossinnen“¹⁵ und viele mehr. Wie die Stimmung an der Basis war, zeigt ein Versammlungsbericht aus dem Jahr 1886, auf der die niedrige Beteiligung von Frauen thematisiert wurde. „Die Schuld treffe“, so wurde berichtet, „die eigenen Männer, weil sie größtenteils den Frauen gegenüber das Versammlungsgehen verböten, behauptend, daß sie nur den Haushalt zu besorgen, Strümpfe zu stopfen und dergl. hätten“¹⁶.

Wenn sich Frauen wie Louise Zietz in der Arbeiterbewegung und der SPD betätigten, mussten sie also eine Menge Widerstände überwinden und viele Frauen werden von den Umgangsformen in der Partei auch davon abgeschreckt worden sein, sich politisch in ihr zu betätigen. „Leider hab’ ich mich nicht mit Hilfe der Genossen sondern im **Kampfe** gegen sie durchsetzen müssen“¹⁷, schrieb Louise Zietz später an einen Genossen. Wenn es in der Sozialdemokratie immer noch massenhaft Vorurteile gegenüber Frauen gab, so durften die Protagonistinnen aber auch nicht auf weibliche Solidarität hoffen – denn diese gab es wenigstens bei den führenden Frauen ganz eindeutig nicht. Revisionistinnen wie Wally Zepler und Lily Braun auf der einen, revolutionäre Linke wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg auf der anderen Seite, führten ihre politischen Auseinandersetzungen nicht weniger hart als ihre männlichen Genossen. Diese inhaltlichen Differenzen konnten dann auch durchaus persönlich verletzend Züge annehmen und die Vorurteile von Männern bestätigen, etwa wenn die adelige Generalstochter Lily Braun ihrer Genossin Zietz in ihren Erinnerungen „jede Spur von Weiblichkeit“¹⁸ absprach. Und Louise Zietz befand sich über Jahre in einem regelrechten Kleinkrieg mit Clara Zetkin, die beiden wichtigsten Vertreterinnen der sozialistischen Frauenbewegung waren sich zeitweilig in herzlicher Abneigung verbunden. „Der ganze Dreck mit



Abb. 7: Rosa Luxemburg und Clara Zetkin bei einer Wahlkundgebung in Stuttgart, 1907

der Zietz und dem Parteivorstand“¹⁹, so kommentierte Rosa Luxemburg eine innerparteiliche Niederlage Clara Zetkins. Auch das Verhältnis zwischen den eher reformistischen Gewerkschaftsfrauen und den linken Sozialdemokratinnen war häufig genug von harten Auseinandersetzungen bestimmt.

Was viele Frauen aber zu einer Mitarbeit in der Arbeiterbewegung motivierte, waren nicht unbedingt politische Programme oder gar die in der SPD nur bedingt gelebte Gleichstellung der Geschlechter, sondern vielmehr die lebensweltliche Erfahrung von Solidarität vor Ort. So jedenfalls scheint es bei Louise Zietz gewesen zu sein und auf viele Frauen mit proletarischem Hintergrund wird dies auch zutreffen haben.

In den 1880er Jahren wurde Louise Zietz zunächst proletarisiert und dann politisiert, am 18. Dezember 1893 notierte die politische Polizei in Hamburg dann ihren ersten öffentlichen Auftritt als „aufreizende Agitatorin“²⁰. Im Vordergrund ihrer politischen Arbeit der ersten Jahre stand dabei vor allem die gewerkschaftliche Organisation von Frauen und ihre Rolle in den Arbeitskämpfen jener Jahre.

Arbeiterinnen und auch die Ehefrauen von Arbeitern waren politisch nur schwer zu organisieren. Wohl erst durch die Streikwelle der 1890er Jahre erfolgte eine Massenmobilisierung. „Die großen Streiks“, so Clara Zetkin rückblickend in der *Gleichheit*, „rüttelten auch breite, in Mitleidenschaft gezogene Arbeiterinnenschichten aus dem stumpfsinnigen Abfinden mit ihrer Ausbeutung auf und ließen ihnen die Erkenntnis von der Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation empordämmern.“²¹ Diese Streikbewegung gab es natürlich auch in der Hafenmetropole Hamburg, und für Louise Zietz war es der Beginn ihrer steilen politischen Karriere. Im April 1896 traten rund 500 Kaffee-Verleserinnen in den Streik gegen schlechte Arbeitsbedingungen und Hungerlöhne. Größere Erfolge konnten von den streikenden Arbeiterinnen nicht erzielt werden, aber die Erfahrung solidarischen Zusammenhalts schweißte doch zusammen und stärkte den örtlichen Fabrikarbeiterverband. An genau diesem Punkt knüpfte Louise Zietz an und versuchte, die Bewegung weiterzuentwickeln. Gegen die bestehenden Arbeitsverhältnisse, so wurde sie zwei Jahre später im *Hamburger Echo* zitiert, „würden die Arbeiterinnen Front machen können, wenn sie sich einig wären und

alle dem Verband angehörten.“ Der Streik der Kaffee-Verleserinnen war für Louise Zietz eine Art Lehrzeit als Agitatorin, musste sie doch erst einmal erproben, mit welchen Mitteln und Inhalten Arbeiterinnen mobilisiert werden konnten. Es mussten, vielleicht noch stärker als bei den Männern, lebensweltliche Probleme auf der konkreten Ebene angesprochen werden, wie sie auch später in der *Gleichheit* reflektierte: „Solange wir über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sprachen, schauten sie sich verständnisvoll an. Aber sobald wir auf die Gefahr der Zuchthausvorlage eingingen, war das Interesse verschwunden, und wir mußten sehen, daß wir so schnell wie möglich wieder auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse übergingen.“²²

Dass die Frauenagitation erste Erfolge erzielte, zeigte sich beim großen Hamburger Hafendarbeiterstreik im Winter 1896/97. Wichtig bei dieser Streikbewegung war, dass hier auch die Ehefrauen der rund 17.000 Streikenden durch die Agitation von Louise Zietz und ihren Mitstreiterinnen in den Arbeitskampf einbezogen wurden. Dies war ungemein wichtig, waren doch gerade die mit der Haushaltsführung betrauten Frauen häufig sehr kritisch gegenüber dem Kampfmittel Streik eingestellt. Für die weiblichen Angehörigen der Streikenden wurden eigene Veranstaltungen organisiert. Sehr geschickt appellierte Louise Zietz dort an die Solidarität sowohl innerhalb der Arbeiterschaft als auch zwischen den Geschlechtern: „Laßt uns unseren Männern beistehen, daß sie auch ferner die Fahne hochhalten, daß sie nicht zum Streikbrecher werden [...]. Halten Sie ihre Männer nie von dem Besuch der Veranstaltungen ab. Sie selbst müssen sich mit ihrem Mann das Aufpassen der Kinder teilen und selbst zur Versammlung gehen. [...] Wird niemand Streikbrecher, dann wird der Sieg bald unser sein.“²³ Da sollte sich Louise Zietz allerdings täuschen. Trotz der landesweiten Solidarität, sogar von Teilen des liberalen Bürgertums, gingen die Unternehmer mit Unterstützung des Staates als eindeutiger Sieger aus diesem Streik – einem der größten Arbeitskämpfe im Kaiserreich – hervor. Aber trotz dieser verheerenden Niederlage hatte sich die Solidarität innerhalb des Arbeitermilieus bewährt, und die von Louise Zietz mobilisierten Frauen hatten erheblichen Anteil daran.

Der Hafendarbeiterstreik von 1896/97 illustriert sehr gut, in welchem Milieu sich Louise Zietz in Hamburg bewegte und politisch wirkte. Hamburg war ganz zweifellos eines der Zentren der deutschen Arbeiterbewegung mit ei-

nem weit über dem Durchschnitt liegenden Organisationsgrad. Schon bei der Reichstagswahl von 1884 erzielte die Sozialdemokratie über 50 Prozent der Stimmen, seit 1890 gewannen sie stets alle drei Hamburger Wahlkreise und erzielten seit 1898 bei jeder Reichstagswahl Ergebnisse über 60 Prozent. Hamburg gehörte zu jenen wenigen Regionen im Reich, in der auch eine politische Mobilisierung über das engere Arbeitermilieu hinaus gelang. Die Möglichkeit für die Entfaltung einer politisierten Arbeiterschaft waren hier geradezu optimal: Die Stadt prosperierte, die zumeist qualifizierten Arbeiter waren in kleinen und mittleren Betrieben beschäftigt und nicht zuletzt war der Hamburger Hafen ein fast unüberschaubarer Arbeits- und Kommunikationsraum. Hinzu kam, dass im liberalen Hamburg „das Verhältnis zwischen Exekutive und Arbeiterbewegung nicht derart gespannt war wie namentlich in Preußen.“ Allerdings waren die Unternehmer in Hamburg ebenso gut organisiert und kampfbereit, selbst bei begrenzten Arbeitskämpfen mussten die Gewerkschaften „mit der Mobilisierung einer einheitlichen Abwehr-, wenn nicht Angriffsfront aller Hamburger Arbeitgeber rechnen.“²⁴ Diese Gemengelage erklärt, warum Streiks in Hamburg permanent auf der Tagesordnung standen und häufig genug erbittert geführt wurden.

Neben dem Streik bestand ein weiteres Kampfmittel der Arbeiterbewegung im Boykott, ein subtiles aber häufig erfolgreiches Instrument im Klassenkampf. So etwa im Hamburger Bäckereiboykott von 1898. Als Bäckermeister die Forderungen ihrer Gesellen in diesem Jahr zurückwies und Streikbrecher einsetzten, reagierte die organisierte Arbeiterschaft mit einem Boykott der entsprechenden Bäckereien und ließ so die Strategie der Arbeitgeber ins Leere laufen. Für derartige Aktionen war die Einbindung von Frauen von entscheidender Bedeutung, waren doch sie in der Regel für die Einkäufe zuständig. Wiederum entfachte Louise Zietz mit ihren Genossinnen eine umfangreiche Aufklärungskampagne und appellierte geschickt an die Solidarität und das Mitgefühl ihrer Zuhörerinnen und Zuhörer. „Mit außerordentlicher Freude“, erklärte sie



Abb. 8: Versammlung von streikenden Hamburger Hafendararbeitern, 1896/97

im Juli 1898 vor 1800 mehrheitlich weiblichen Versammlungsgästen, „erfüllt es mich, daß Sie so zahlreich hier versammelt sind. Es ist dies ein Beweis für mich, daß der Bäckerstreit ein außerordentliches Interesse für Sie hat. [...] Es ist unsere Pflicht, überall, wo ein Gewerkschaftskampf stattfindet, die kämpfenden Proletarier zu unterstützen, damit sie überall zum Sieg verholfen werden.“²⁵ Trotz starken Gegenwinds seitens des Hamburger Arbeitgeberverbands, der bürgerlichen Presse und der Behörden konnten sich die Gesellen schließlich mit ihren Forderungen weitgehend durchsetzen – ohne die Solidarität sozialdemokratischer Frauen wäre dies kaum denkbar gewesen.

Nach diesen prägenden Erfahrungen war Louise Zietz zunächst vor allem gewerkschaftlich aktiv. Von 1898 bis 1904 war sie Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbands in Hamburg-St. Georg. In dieser Gewerkschaft, in deren Traditionslinie heute die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie steht (IG BCE), waren vor allem un- und angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter organisiert, im Jahr 1906 gründete sie in Hamburg die erste Dienstbotenorganisation.

Wie lassen sich nun Louise Zietz' erste politische Gehversuche in Hamburg während der 1890er Jahre rückblickend charakterisieren? Sie „wuchs hier“, so ihre Biografin Marina Spillner, „zur bedeutendsten und fähigsten Agitatorin und Organisatorin der Arbeiterbewegung heran und legte hier den Grundstein zu ihrer Karriere in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“²⁶ In der Tat, eine Hamburger Lokalerscheinung blieb sie fortan nicht mehr.

7 LOUISE ZIETZ ALS AGITATORIN

Mit ihrer Rolle im Hafenarbeiterstreik wird Louise Zietz über Hamburg hinaus bekannt und „widmete sich nun ganz der Partei und sprach häufig auf Versammlungen“²⁷ im ganzen Reich. Die Mittdreißigerin ist also, wie wir es heute nennen würden, zur Berufspolitikerin geworden. Ihr politischer

Weggefährte Wilhelm Dittmann erinnerte sich später an sein erstes Zusammentreffen mit Louise Zietz im Jahr 1898 in Eutin: „Der Name Louise Zietz war seit einigen Jahren von der Großstadt Hamburg zu uns in unser idyllisches Städtchen in der ‚holsteinischen Schweiz‘ herübergeklungen. Endlich war es uns gelungen, sie für eine Volksversammlung zur Reichstagswahl als Rednerin zu gewinnen. Ich holte sie vom Bahnhof ab. Sie war damals Mitte der Dreißiger und machte den Eindruck einer ungemein geweckten und ganz von Begeisterung für den Sozialismus erfüllten schlichten Arbeiterfrau. [...] Die Versammlung war sehr stark besucht. Aus der Stadt und den umliegenden Dörfern waren die Arbeiter gekommen, um eine Frau reden zu hören. Auch ich hatte noch keine Frau öffentlich reden hören. Und Louise Zietz redete, redete mit einem Feuer und einer Begeisterung, daß die ganze Versammlung vom ersten bis zum letzten Wort in ihrem Bann stand.“²⁸

Der Alltag einer sozialdemokratischen Agitatorin war anstrengend und aufreibend. Im Jahr 1899 hielt Louise Zietz 125 Reden, nur 22 davon in Hamburg. Zwei Jahre später erreichte ihre Agitationstätigkeit mit über 200 Auftritten einen Höhepunkt. Gerade in jenen Gebieten mit geringem Organisationsgrad war dies ein hartes Geschäft. Schon die Anreise mit dem Zug war für eine allein reisende Frau nicht selten mit Beleidigungen seitens der männlichen Mitreisenden verbunden. Am Zielort angekommen musste sie gegebenenfalls selbst Handzettel verteilen und Plakate kleben, weil die Genossen vor Ort die Ankündigung ihrer Veranstaltung vergessen hatten. Ein annehmbares Nachtquartier zu finden war häufig finanziell nicht leistbar oder aus politischen Gründen schwierig. „Laßt doch die roten Menschen erfrieren!“²⁹ kommentierte ein Gastwirt ihr Ansinnen, im tiefsten Winter ein Zimmer zu mieten. In vielen Fällen musste sie die Nacht auf dem Fußboden einer armseligen Arbeiterbehausung verbringen. Und darüber hinaus mussten die rund 2-stündigen Vorträge gründlich vorbereitet werden, denn das Interesse vor Ort konnte vor allem mit aktuellen und zielgruppenorientierten Themen geweckt werden. Nichts wäre schlimmer, so Louise Zietz in einer Schulungsbroschüre, „als wenn man bei der Agitation schablonieren, nach einem fix und fertigen Rezept arbeiten wollte.“³⁰

Im schlimmsten Falle aber war die ganze Arbeit umsonst, konnte doch die Polizei politische Veranstaltungen willkürlich auflösen, was auch häufig

geschah. Ebenso wurden die Frauen aufgrund ihrer Agitation mit massiver staatlicher Gewalt bedroht, Louise Zietz selbst wurde im Januar 1906 wegen „Aufhetzung zum Klassenkampf“ angeklagt und zu drei Monaten Haft verurteilt. Da in ihren Reden, wie sie es in ihrer Verteidigungsrede selbst darlegte, von „Aufreizung und Gewalttätigkeiten und Aufforderungen zu strafbaren Handlungen“³¹ keine Rede sein konnte, muss man das Urteil als Klassenjustiz bezeichnen. Die Agitationsarbeit und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen, setzte bei Louise Zietz und ihren Mitstreiterinnen schon eine vollständige Identifikation mit der Sozialdemokratie und ihren Zielen voraus. „Welch eine Freude“, so umschrieb sie später die Motivation der umherziehenden Sozialdemokratinnen, „welch hohe innere Befriedigung beseelt jene Frauen, denen es vergönnt ist, mitzuwirken an dem herrlichen Bau unserer Organisation. Die glänzenden Augen strahlen Freude, die ganze Person atmet Begeisterung, wenn sie Erfolg erzielt, wenn sie mit einer Handvoll ausgefüllter Aufnahmescheine an den Bureautisch tritt und stolz aufzeigt, was sie geleistet.“³² Aus diesem Zitat geht auch hervor, dass es bei diesen Versammlungen neben der politischen Aufklärung vor allem um die Mitgliederwerbung ging.

Wer genau aber waren nun jene Mitstreiterinnen von Louise Zietz? Allein in Hamburg und Schleswig-Holstein waren es 1914 schon mehr als 22.000 weibliche Parteimitglieder. Drei von ihnen seien hier kurz vorgestellt, Alma Wartenberg, Helene Grünig und Linchen Baumann.

Alma Wartenberg wurde am 22. Dezember 1871 im Arbeiterviertel „Mottenburg“ in Ottensen geboren. Sie entstammte einer Zigarrenmacherfamilie, beide Eltern waren schon im sozialdemokratischen Sinne politisch aktiv. Sie war von 1902 bis 1906 weibliche Vertrauensperson im Wahlkreis Ottensen/Pinneberg und „beackerte“ als Agitatorin die schleswig-holsteinischen Wahlkreise. Aufsehen erregte eine von ihr mit organisierte Kampagne im Jahr 1905. Der Protest richtete sich gegen ein umstrittenes Gerichtsurteil, in dem vier junge Männer aus bürgerlichen Kreisen trotz überführter Vergewaltigung eines Dienstmädchens freigesprochen wurden. Im Gegensatz zur Parteilinie befürwortete sie eine Zusammenarbeit mit dem progressiven Teil der bürgerlichen Frauenbewegung und dachte auch in anderen Fällen nicht daran, die Interessen von Frauen jenen der Partei unterzuord-

nen. Diese Unabhängigkeit führte dazu, dass sie 1906 trotz Unterstützung durch ihre Genossinnen von den lokalen Funktionären als Vertrauensperson abgesetzt wurde, ein Parteiausschlussverfahren wurde jedoch eingestellt. Danach engagierte sie sich vor allem für Mutterschutz und Geburtenkontrolle, 1913 wurde sie aufgrund eines Lichtbildervortrags über Verhütungsmethoden sogar zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. In der Weimarer Republik war Alma Wartenberg Abgeordnete im Altonaer Stadtverordnetenkollegium und im Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtag. Im Jahr 1928 verstarb sie im Alter von nur 57 Jahren.

Zu den wichtigsten Sozialdemokratinnen in Kiel gehörte die 1871 in Schlesien geborene Helene Grünig, die auf der Suche nach Arbeit mit ihrem Mann ins heutige Kiel zieht. Die Mutter von sechs Kindern ist im von Werften geprägten Gaarden politisch aktiv und tritt 1908 zusammen mit 300 weiteren Frauen aus Gaarden nunmehr auch offiziell in die SPD ein. Ihr Ehemann ist Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins für Gaarden, sie selbst wird 1905 dort zur ersten weiblichen Vertrauensperson gewählt und ist Teilnehmerin von nationalen und internationalen Frauenkongressen. Über ihr weiteres Leben gibt es keine gesicherten Informationen, sie verstirbt am 13. Mai 1965 in Kiel.

Linchen Baumann (1868-1950) wurde in Altona geboren und wuchs im benachbarten Ottensen auf. Sie arbeitete, wie so viele Mädchen ihrer Generation, nach ihrer Schulzeit als Dienstmädchen und war mit dem Sozialdemokraten Ernst Baumann verheiratet. Seit 1902 war sie weibliche Vertrauensperson der SPD in Altona, sechs Jahre später nahm sie diese Funktion für ganz Schleswig-Holstein wahr.

Neben ihrer fortwährenden Reiseagitation fand Louise Zietz auch noch Zeit für zahlreiche Publikationen, zunächst vor allem Artikel in der *Gleichheit*, nach 1900 häufig in Form von Broschüren. Dabei kann man ihr publizistisches Schaffen in drei unterschiedliche Bereiche einordnen. Eine größere Zahl ihrer Darstellungen waren *erstens* Schulungshandbücher wie *Gewinnung und Schulung der Frau für die politische Betätigung* und eigene Agitationsschriften zur Frauenmobilisierung, wie aus Titeln wie *Komm zu uns!*, *Warum sind wir arm?* oder *Bist Du eine der Unsrigen?*, deutlich hervorgeht.

Die letztgenannte Publikation wurde innerhalb von 5 Monaten in 215.000 Exemplaren zur Hausagitation verwendet! Der Aufbau dieser rund 10 bis 20 Seiten umfassenden Broschüren blieb stets ähnlich. Zunächst wurden die Leserinnen auf eine mitfühlende Art mit ihrer sozialen Lage konfrontiert. Habe die liebe Leserin „schon einmal darüber nachgedacht über die uns allen nur zu bekannte Tatsache, daß wir – du, deine Kolleginnen, Kollegen, die ganze große Arbeiterklasse – trotz des größten Fleißes und der weitestgehenden Sparsamkeit arm sind und arm bleiben bis an unser Lebensende?“ Darauf folgte, pädagogisch geschickt, eine Auseinandersetzung mit möglichen Einwänden gegenüber einer politischen Betätigung von Frauen und Mädchen. Nicht nur sei Armut kein unentrinnbares Schicksal, auch das Vorurteil „Mädchen und Frauen verstehen nichts von Politik, diese ist Sache der Männer“ sei grundfalsch. Denn egal, ob ledige Arbeiterin, Hausfrau oder Mutter, sie alle seien von Ausbeutung betroffen und könnten gemeinsam etwas ändern. Sozialistische Theorie wurde nur in kleiner und stark vereinfachter Dosis verabreicht, die sozialdemokratischen Reformfolge wurden hervorgehoben, von Revolution keine oder doch nur eine verschwommene Spur. Und schließlich endeten diese Publikationen mit hoffnungsvollen und optimistischen Zukunftserwartungen: „Es gibt einen Weg aus all dem Häßlichen der Gegenwart in eine schöne, lichtvolle Zukunft, sie wird dich mit neuer Lebensfreude und –hoffnung erfüllen.“ Dies aber natürlich nur, „... wenn du, getragen vom lodernden Geiste des Sozialismus, dein Bestes einsetzt, um eine Gesellschaftsordnung errichten zu helfen, in der es keine Geknechteten und Ausgebeuteten, keine Hungernden und Darbenden mehr gibt, in der vielmehr alle auf den sonnigen Höhen freien Menschentums wandeln werden.“³³ Louise Zietz hatte aufgrund ihrer eigenen Herkunft ein feines Gespür dafür, wo man Mädchen und Frauen aus der Arbeiterklasse „packen“ konnte.

Den zweiten Schwerpunkt von Louise Zietz' Publikationstätigkeit bildeten Darstellungen zu frauenspezifischen Themen, so etwa *Zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes* und insbesondere zum Kinderschutz. Diese Beiträge waren weitaus nüchterner gehalten als die Agitationschriften, verwoben vor allem sachliche Darstellungen von Missständen mit „sozialdemokratische[r] Kritik und Propaganda.“³⁴ Reformistische Ansätze standen dabei ganz eindeutig im Vordergrund: „Unbeschadet unserer For-

derung nach Weiterentwicklung des Gesetzes [Kinderschutzgesetz, T. K.] setzen wir daher alles daran, mindestens den bestehenden Bestimmungen Geltung zu verschaffen. [...] Daneben werden wir natürlich in Wort und Schrift die schärfste Kritik an dieser scheußlichen Form kapitalistischer Ausbeutung üben, so lange, bis wir unser Ziel erreicht haben: die Beseitigung jeglicher Kindererwerbsarbeit!“³⁵

Ein drittes Genre, dessen sich Louise Zietz häufig bediente, war die Sozialreportage. In diesen häufig etwas längeren Ausführungen griff sie mit überaus viel Empathie das zeitgenössische Elend nicht nur von Frauen auf. Zur materiellen und sittlichen Lage der Landarbeiterschaft fasste sie zusammen: „Ueberarbeit, Unterernährung, menschenunwürdige Wohnungen, miserable Behandlung und das Fehlen jeden Lichtblickes in einem trostlosen Dasein, um die ländlichen Arbeiter dem Schnapsteufel in die Arme zu treiben. [...] Und unser christlich germanischer Adel fördert den Schnapskonsum noch“³⁶. Ein weiteres Beispiel ist ihre dichte Beschreibung des „Zieglerelends“, in dem sie nicht zuletzt auf die Arbeitsbedingungen von Frauen einging. „In einer Liegnitzer Fabrik“, so Louise Zietz, „wurden vier hochschwängere Frauen angetroffen, die einen Zentner schweren Karren mit geformten Steinen von den Pressen zu den Trockengerüsten transportierten. In Niederbayern waren Arbeiterinnen zwei Wochen nach ihrer Entbindung wieder bei der Arbeit.“³⁷

Angesichts von Louise Zietz' Schwerpunkt in der Frauenagitation zwecks Mitglieederwerbung und ihren Publikationen gelangt Richard J. Evans zu dem häufig geteilten Urteil, dass sie „weder eine originelle Denkerin“ war noch „eine ausgesprochen theoretische Veranlagung“³⁸ hatte. Diese Vorstellung ist richtig und falsch zugleich. Viele ihrer Publikationen und Vorträge waren tatsächlich in einfacher und direkter Sprache gehalten, brachen komplexe sozialistische Theorien auf lebensweltliche Probleme herunter. Aber wie hätte sie Frauen mit geringem Bildungsgrad und ohne politische Vorkenntnisse auch anders ansprechen sollen? Nur mit einem Organ wie der *Gleichheit*, bis Anfang des 20. Jahrhunderts noch „ein kleines, fast etwas sektiererisches Vereinsorgan“, wäre eine erfolgreiche Frauenagitation kaum denkbar gewesen. Das „wenig originelle Denken“ und die fehlende „theoretische Veranlagung“ waren ganz eindeutig Stilmittel und Notwendigkei-

ten der Agitation, wie sie ihren Funktionären auch immer wieder vor Augen hielt. Wenn Louise aber für eine andere, schon politisierte und mit sozialistischer Theorie vertraute Zielgruppe schrieb, waren ihre Ausführungen durchaus gehaltvoll. So etwa in dem Abschnitt „Die Arbeit als Erziehungsmittel“³⁹, in dem sie sehr treffend die sozialdemokratische Vorstellung von Arbeit in anthropologischer Perspektive entwarf. Louise Zietz und etwa Clara Zetkin arbeiteten auf vollkommen unterschiedlichen, sich ergänzenden politischen Feldern. Daraus einen Gegensatz zwischen einer „Parteisoldatin“ und einer „Parteiintellektuellen“ zu machen ist überzogen und wird beiden Personen letztlich nicht gerecht.

Wie erfolgreich die von Louise Zietz und anderen unternommene Frauenagitation am Ende war, ist schwer zu beurteilen. Wichtig war vor allem, dass Frauen überhaupt in die politischen Auseinandersetzungen einbezogen wurden und als „politische Subjekte“ in Erscheinung traten – ein klarer Bruch mit der bürgerlichen Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts. Als Frauen dann seit 1908 auch offiziell politisch tätig werden konnten, zeigte sich dann sehr schnell der Erfolg der mühseligen Arbeit der vorherigen Jahre. Bis 1914 stieg die Zahl der weiblichen Parteimitglieder auf nahezu 175.000 an, was immerhin einen Frauenanteil von über 16 Prozent bedeutete. Allein in Hamburg verdreifachte sich die weibliche Mitgliederzahl der SPD zwischen 1908 und 1914 auf fast 12.000. In Schleswig-Holstein gab es nur unwesentlich weniger organisierte Genossinnen. Dass die beiden Bezirke im „hohen Norden“ nach Berlin die meisten weiblichen Mitglieder hatten, mag einiges über die Energie und Strahlkraft von Louise Zietz aussagen.

Aber bei der Steigerung der weiblichen Parteimitgliedschaft fällt doch ins Auge, dass sich die erhöhte Anzahl an Frauen nicht in der Repräsentation innerhalb der SPD widerspiegelte. In der Regel waren deutlich weniger als 10 Prozent der Parteitagsdelegierten Frauen, ihr Redeanteil lag zumeist noch deutlich darunter. Und zu Wort kamen zwischen 1890 und 1913 exakt drei von ihnen: Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Louise Zietz.⁴⁰ Frauen blieben in der männlich geprägten deutschen Sozialdemokratie bei allen Mobilisierungserfolgen doch eine Randerscheinung, daran hat auch die aufopferungsvolle Arbeit von Louise Zietz letztlich nichts ändern können.

8 IM DIENST DER PARTEI

Um die Jahrhundertwende ist Louise Zietz, Mitglied der Partei seit 1892, fest im Parteiparat der SPD etabliert. Sie wird, für eine Frau keine Selbstverständlichkeit, regelmäßig zu Parteitag delegiert und ist Vertrauensperson der Sozialdemokratinnen in Hamburg. Die Funktion der „Vertrauensperson“, bis zum Berliner Parteitag 1892 „Vertrauensmänner“, ist noch ein Relikt aus der illegalen Zeit des Sozialistengesetzes und wird hinsichtlich der Frauen bis zur flächendeckenden Legalisierung politischer Betätigung 1908 fortgeführt. Diese informelle Organisation der Sozialdemokratinnen war notwendig und effektiv, denn einzelne Personen konnte man weder verbieten noch auflösen. Die „Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands“ ist Ottilie Baader, die ebenso wie Louise Zietz leider in Vergessenheit geraten ist.

Insgesamt gesehen ist die Organisation der sozialistischen Frauenbewegung ein regelrechtes Wirrwarr, weder für heutige Historiker noch, viel wichtiger, für die damaligen Behörden vollständig überschaubar. Frauen organisierten sich, unter stiller Beteiligung der weiblichen Vertrauenspersonen, in „unpolitischen“ Bildungsvereinen und Krankenkassen, beschäftigten sich dort mit marxistischer Theorie und vor allem mit ganz lebenspraktischen Fragen wie Säuglingsschutz und Verhütung. Aber auch diese fast schon konspirative Tätigkeit wurde mit polizeilichen Mitteln behindert und verfolgt, häufig mit vollkommen überzogenen Mitteln. Gut dokumentiert ist ein Fall aus Otten- sen, seit 1889 Teil der damals preußischen Stadt Altona, aus dem Jahr 1895. In den *Altonaer Nachrichten* wurde über einen regelrechten Massenprozess berichtet, „in welchem Anklage gegen Frauen und Mädchen wegen Übertretung des Vereinsgesetzes verhandelt wurde. Es kostete Mühe, in dem an und für sich schon räumlich beschränkten Schwurgerichtssaal eine so große Anzahl Angeschuldigter unterzubringen.“ Und nicht einmal alle angeklagten Frauen waren bei Gericht erschienen. Angeklagt waren die Mitglieder des *Centralvereins der Frauen und Mädchen Deutschlands, Zahlstelle Ottensen*. Am Ende des Prozesses berichtete der Redakteur: „In den Versammlungen des Vereins ist die Militärvorlage, das Invaliditäts- und Altersversicherungs-

gesetzt usw. besprochen worden, außerdem hat der Redner behauptet, daß Subalternbeamte abgesetzt würden, wenn sie Sozialdemokraten wären [...]. Das Schöffengericht erkannte gegen 121 Angeklagte auf je 15 Mark Geldstrafe, event. 3 Tage Haft. Auch wurde die Schließung des Centralvereins der Frauen und Mädchen Deutschlands, Zahlstelle Ottensen, ausgesprochen. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.”⁴¹

Mit dem Reichsvereinsgesetz von 1908 wird schließlich das Verbot der Parteimitgliedschaft von Frauen aufgehoben, die Sozialdemokratie muss ihre Frauenarbeit reorganisieren. Schon Jahre zuvor hatte es in der Partei, aber auch in der Gewerkschaftsbewegung, Diskussionen darüber gegeben, ob sich Frauen separat organisieren sollten oder einfach nur Teil der allgemeinen Massenorganisationen seien. Ebenso, ob es eine Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Frauenbewegung geben sollte. Unter den Bedingungen der Illegalität bildete sich hinsichtlich der Frauenorganisation eine Mischform heraus. Das System der weiblichen Vertrauenspersonen und gesonderten Frauenkonferenzen bedeutete einerseits eine Parallelstruktur der Sozialdemokratinnen, andererseits reklamierten sowohl der Parteivorstand als auch die örtlichen Funktionäre die „Oberhoheit“ über die weiblichen Mitglieder. Komplizierter wurde die Situation noch durch die Vormachtstellung der Berliner Frauenorganisation und vor allem die informelle Führungsrolle Clara Zetkins als Herausgeberin der *Gleichheit*. Diese radikalen Sozialdemokratinnen konnten zwar, in Einklang mit dem Parteivorstand, eine klare Abgrenzung gegenüber der bürgerlichen Frauenbewegung durchsetzen, dennoch gelang eine Homogenisierung der sozialdemokratischen Frauenbewegung nie. Louise Zietz folgte in diesen Debatten der Mehrheitsmeinung. Man habe, so meinte sie, „wichtigeres zu tun, als auf bürgerliche Kongresse zu gehen, um die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen davor zu bewahren, daß sie Dummheiten machen.”⁴² In dieser Situation stellte sich nun 1908 die Frage, wer unter den Bedingungen der Legalität an die Spitze der sozialdemokratischen Frauenbewegung treten sollte. In Frage für die Übernahme der Frauenorganisation im Parteivorstand kamen eigentlich nur Ottilie Baader, Clara Zetkin und Louise Zietz.

Die Zentralvertrauensperson Ottilie Baader wäre die naheliegende Wahl gewesen, doch verzichtete sie wohl aufgrund ihres hohen Alters auf die Ehre,

als erste Frau Mitglied der Parteivorstands der Sozialdemokratie zu werden. Clara Zetkin hingegen hatte sich als Sprachrohr der revolutionären Linken zusehends innerparteilich isoliert und überschätzte auch ihre Machtposition sowohl innerhalb der Partei als auch in der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Gegen die Linie des Parteivorstands ließen sich Interessen von Frauen, seien diese nun persönlich oder politisch motiviert, nicht durchsetzen. Übrig blieb Louise Zietz, die aufgrund ihrer Loyalität, Organisationserfahrung und agitatorischen Fähigkeiten für diese Position geradezu prädestiniert war. Gegen den hartnäckigen Widerstand von Clara Zetkin setzte sie ihren Führungsanspruch dann auch rasch durch. In der Ära Zietz wurden die sozialdemokratischen Frauen und ihre Organisationen nahezu reibungslos – vielleicht auch zu reibungslos – in den Parteiapparat integriert, ohne aber dass sich an der fast flächendeckenden Dominanz ihrer männlichen Genossen etwas änderte.

Zu den wichtigsten Themen, die im bereits genannten Zentralverein in Ottensen diskutiert wurden, gehörten die sexuelle Aufklärung und die Geburtenkontrolle. Insbesondere Alma Wartenberg hatte sich diesbezüglich „in schamloser Weise“, wie es ein konservativer Arzt 1913 in der *Zeitschrift für Medizinal-Beamte* formulierte, Verdienste erworben. „Sie erklärte unter anderem: Wenn der Staat auch noch soviel Gesetze gegen den Rückgang der Geburten schaffe, so müsse die Frau doch Herrin über ihren eigenen Körper bleiben. Das Recht, sich gegen Geburten zu schützen, stehe ihr selbst gegen den Willen ihres Ehemannes zu!”⁴³ Der Mann war also aufrichtig empört. Aber was zunächst nach einem Konflikt zwischen konservativer Obrigkeit auf der einen und einer progressiven Sozialdemokratie auf der anderen Seite aussah – oder nach einem Gegensatz der Geschlechter –, führte noch im selben Jahr zu einer Grundsatzdebatte *innerhalb* der Sozialdemokratie.



Abb. 9: Der Parteivorstand der SPD, 1909

Und auch hier waren die Kontrahenten und ihre Argumente nicht nach ihrem Geschlecht sortiert. Louise Zietz sollte in der „Gebärstreikdebatte“ von 1913 eine Hauptrolle spielen, und ihr Verständnis von Partei und Politik wird in dieser hart geführten Auseinandersetzung überaus deutlich.

9 DIE GEBÄRSTREIKDEBATTE VON 1913

Das Wort „Gebärstreik“ ist uns heute fremd, es wirkt kaltherzig, geradezu menschen- und frauenverachtend. Im zeitgenössischen Kontext aber machte diese Formulierung durchaus Sinn. Für Menschen, die ihre tagtägliche Existenz und ihre sozialen Probleme als Teil eines „Klassenkampfes“ verstanden, und in vieler Hinsicht war dem auch so, mussten oder wenigstens konnten ganz persönliche Entscheidungen und Handlungen als „Kampfmittel“ verstanden werden. Oder aber: Wer sich gegen die Parteilinie stellte, musste seine Argumente in „sozialistische Prosa“ hüllen.

Wie bereits an der Aufklärungsarbeit Alma Wartenbergs gesehen werden konnte, war die Geburtenkontrolle und Verhütung für viele Frauen, gerade für jene aus dem Arbeitermilieu, ein drängendes, ein existenzielles Problem. Die Sozialdemokratie, um diese Beurteilung kommt man nicht umhin, ist mit diesem Thema jahrzehntelang leichtfertig und fahrlässig, wenn nicht frauenfeindlich, umgegangen. Die Ambivalenz von Bebels *Die Frau und der Sozialismus* zeigte sich auch in dieser Frage.

Dass das Problem der Geburtenkontrolle im Sozialismus bedeutungslos sein würde, war für August Bebel offensichtlich. „Es ist nun ganz natürlich“, schrieb er, „dass im sozialistische Staate in Folge der günstigeren Lebensbedingungen viel weniger Kinder und Erwachsene frühzeitig sterben und viel mehr Ehen geschlossen werden als heute, was beides schon an und für sich auf eine wesentlich höhere Vermehrung der Bevölkerung schliessen lässt, wobei noch weiter hervorgehoben werden muss, dass auch die von

einem Theil der jetzt bestehenden Ehen in Anwendung gebrachten mannigfachen Verhinderungsmassregeln gegen die Conception bei Ausübung des Geschlechtsaktes wahrscheinlich fallen gelassen würden.“ Der Geburtenüberschuss würde einfach durch eine produktivere Wirtschaftsweise und staatliche Pflege- und Bildungseinrichtungen aufgesogen werden, die Bedürfnisse von Frauen kamen in dieser Argumentation aber überhaupt nicht vor. Da er auch die selbstbestimmte Familienplanung lediglich aus einem etwas verengten sozialistischen (und männlichen) Blickwinkel betrachtete und sich von dem Bild der Frau vornehmlich als Mutter nicht wirklich löste, konnte er auf die konkreten Probleme und Situationen von Frauen überhaupt nicht eingehen. Abtreibungen und sogar Empfängnisverhütung blieben für ihn „Handlungen [...], die weder mit dem Naturzweck, noch immer mit dem Strafgesetzbuch in Uebereinstimmung stehen.“ Bürgerlichen Frauen warf er sogar vor, Schwangerschaften „aus Widerwillen gegen die Unbequemlichkeiten der Schwangerschaft, des Gebärens und der Erziehung, oder aus Furcht ihre Reize rascher einzubüssen“⁴⁴ zu verhindern. Wie bei anderen politischen Fragen auch blieb bei Bebel und der Sozialdemokratie hinsichtlich der Geburtenkontrolle die Lücke zwischen reformistischen Möglichkeiten und revolutionären Hoffnungen unausgefüllt. Ende des 19. Jahrhunderts fand dieser grundlegende Widerspruch in der „Revisionismusdebatte“ seinen Ort, aber das Problem wurde mehr vertagt als gelöst.

Nun ließen sich aber schreckliche gesellschaftliche Probleme, insbesondere jene von proletarischen Frauen, nicht durch die Beschwörung einer sozialistischen Utopie lösen, und so kam es 1913 zu einer erneuten, wenn auch kleineren Diskussion zur Revision sozialistischer Gewissheiten, die unter dem Namen Gebärstreikdebatte in die Geschichte eingegangen ist. Wie bereits am Beispiel Alma Wartenbergs gezeigt wurde, gab es an der weiblichen



Basis einen erheblichen Druck auf die Partei, ihre Einstellung zur Geburtenkontrolle zu ändern bzw. dieses Thema überhaupt zu problematisieren. Aber dafür, dass die Diskussion Schwung aufnahm, waren nicht in erster Linie die sozialdemokratischen Frauen verantwortlich, sondern eine kleine Gruppe von Männern. Genauer: Sozialistische Ärzte.

In diesem eher liberal und konservativ geprägten Berufsstand gab es nur wenige Männer – Frauen blieb diese Berufswahl verwehrt – mit sozialistischen Neigungen. Und diese wenigen Dutzend Ärzte waren gut organisiert, von hohem Sachverstand und politisch schlagfertig. Nachdem sich sozialistische Ärzte schon in den 1890er Jahren organisiert und politisch betätigt hatten, so zum Beispiel im Charité-Boykott von 1893, gründeten sie schließlich 1913 den *Sozialdemokratischen Ärzteverein*. Die Mitglieder waren häufig säkulare Juden und ehemalige Linksliberale, praktizierten in Arbeiterquartieren und waren mit der proletarischen Lebenswirklichkeit wohl wesentlich besser vertraut, als die meisten höheren Parteifunktionäre beider Geschlechter. Unter den sozialistischen Ärzten finden sich so bekannte Namen wie Ignaz Zadek, Karl Kollwitz, Raphael Silberstein, Alfred Bernstein und Julius Moses. Diese Männer waren bei all ihrer radikalen Rhetorik doch stets Pragmatiker, insbesondere bei gesundheitspolitischen Fragen, und geistig viel zu unabhängig, als dass sie ihr Fachwissen parteipolitischen Erwägungen untergeordnet hätten. Das Selbstverständnis dieser Mediziner brachte Ignaz Zadek sehr schön auf den Punkt: „Sozialdemokratische Ärzte (sit venia verbo; richtiger: Ärzte, die sich in ihren politisch-sozialen Anschauungen zur Sozialdemokratie zählen)“⁴⁵.

Die Gebärstreikdebatte begann, als von Seiten des Staates eine aktive Geburtensteigerung gefordert wurde und die Parteiführung auf die herbe Kritik der übrigen Parteien, dass die Sozialdemokratie für den Geburtenrückgang verantwortlich sei, mit dem hilflosen Hinweis konterte, auch die SPD sei für eine Erhöhung der Geburtenziffer. Angesichts dieser lebensfernen Argumentation gingen sozialistische Ärzte selbst in die Offensive: „Ende des Jahres 1912 organisierte [Julius] Moses zusammen mit dem Sexualreformer Magnus Hirschfeld und dem Arzt und Stadtverordneten Alfred Bernstein, einem Mitbegründer der Säuglingsfürsorgestellen, eine Vortragsreihe zu sexuellen Fragen und Verhütungsmaßnahmen, die negative Resonanz bei re-

ligiösen, konservativen, aber auch in sozialdemokratischen Kreisen erregte, insbesondere, als die Organisatoren in der sogenannten ‚Gebärstreik‘-Debatte die Begrenzung der Kinderzahlen der Proletarierfamilien forderten.“⁴⁶ Den Veranstaltern ging es eindeutig um Gesundheitsfürsorge und sexuelle Selbstbestimmung, aber sie mussten ihre Thesen doch in eine etwas gewollt wirkende klassenkämpferische Sprache hüllen. „Der Geburtenrückgang“, so wurde Alfred Bernstein im August 1913 im *Vorwärts* zitiert, „wie er jetzt eingeleitet ist, trifft den Kapitalismus an seinem Lebensmark. Wenn wir Ausbeutungsobjekte nicht rekrutieren, wenn wir das Heer nicht vermehren, dann ist der Kapitalismus am Ende.“⁴⁷

Der Versuch der Parteiführung, diese Debatte mit zwei kritischen Beiträgen im *Vorwärts* einzudämmen, misslang. Aus einem der Artikel geht, wohl unbeabsichtigt, hervor, dass Julius Moses und Alfred Bernstein bei vielen Frauen auf enorme Zustimmung gestoßen waren. „Diese Beweisführung“, so konnte man es im Juli 1913 im *Vorwärts* lesen, „die von Tausenden von Proletariermüttern mit dem ganzen Gefühl eigener bitterer Erfahrungen wiederholt wird, ist, so bestechend sie auch erscheinen mag, nichtsdestoweniger falsch.“⁴⁸ Auch in anderen sozialdemokratischen Blättern wurde heftig gegen die selbstbestimmte Familienplanung polemisiert. Um diese Auseinandersetzungen endgültig zu beenden, rief die Parteiführung im August 1913 zu zwei Veranstaltungen „Gegen den Gebärstreik“ in Berlin auf, bei denen mit Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Louise Zietz die gesamte weibliche Parteiprominenz aufgeboten wurde. Die im *Vorwärts* dokumentierten Veranstaltungen, der Versuch, den Aufruhr unter Sozialdemokratinnen durch den Einsatz des weiblichen Führungspersonals zu begegnen, schlug aber gründlich fehl.

Die erste Veranstaltung in der „Neuen Welt“ war mit rund 4.000 Besucher, in der Mehrheit Frauen, hoffnungslos überfüllt. Clara Zetkin hielt das Hauptreferat, konnte aber die Anwesenden mit ihrer abstrakten, lebensfremden und bisweilen auch arroganten Argumentation nicht überzeugen. Die Vorstellung eines Gebärstreiks, so wurde Zetkin zitiert, „stelle letzten Endes nichts anderes dar als eine bürgerlich-anarchistische Auffassung. Denn sie stelle in den Mittelpunkt der Betrachtung nicht das Proletariat als Klasse, sondern die einzelne Familie; sie gehe von individuellen Gesichtspunkten

aus und schlage als Hilfsmittel eine individuelle Lebensgestaltung vor.“ Letztlich konnte sie ihre Zuhörerinnen nur auf den kommenden Sozialismus vertrösten, wenn sie davon ausging, dass zwar „die proletarische Frau überbürdet werde durch die Kinderzahl, daran sei nicht die Kinderzahl an sich schuld, sondern der Umstand, daß der Kapitalismus ihr nicht genügend gebe von dem, was die faulenzenden Weiber der Bourgeoisie verschwenderisch hätten.“ Mit ihrer impliziten Forderung, Proletarierinnen hätten „Soldaten für die Revolution“ zu zeugen, vergriff sie sich dann vollends im Tonfall. Eine Genossin äußerte kurz darauf lakonisch: „Genossin Zetkin hat nicht so recht in die Verhältnisse der Armen hineingesehen. Ich rate: streiken Sie weiter.“ Bei der folgenden Veranstaltung ruderte Clara Zetkin dann auch deutlich zurück.

Julius Moses schlug bei seiner Entgegnung wohl den treffenderen Ton an, wenn er auf die konkreten lebensweltlichen Probleme vieler Frauen einging und davon sprach, „daß durch die Geburteneinschränkung eine bedeutende Verbesserung, eine gewaltige Gesundung der proletarischen Verhältnisse herbeigeführt werde.“ Ähnlich äußerte sich einige Tage später Alfred Bernstein, der dann Clara Zetkin auch persönlich angriff, indem er sie mit einem preußischen Beamten verglich.

Louise Zietz schließlich meldete sich erst zum Ende der ersten Veranstaltung zu Wort und nahm eine vermittelnde Position ein, in der sie die offizielle Parteilinie mit einem Bekenntnis zu den Nöten ihrer Geschlechtsgenossinnen verband. Sie kritisierte Moses dafür, dass er hinsichtlich der sozialen Situation der Proletarierinnen „die Sache auf den Kopf gestellt“ habe und „die Geburtenverhütung als revolutionäres Kampfmittel empfehle“. Letzteres stimmte allerdings nicht so ganz, auch wenn sich der Gedanke bis heute noch in der Literatur findet, denn für ethische Sozialisten wie Julius Moses und die anderen Ärzte ging es bei ihren frauen- und gesundheitspolitischen Forderungen ganz sicher nicht um den Klassenkampf. „Allerdings“, so Louise Zietz weiter, „gefalle ihr das Argument der Genossin Zetkin ebenfalls nicht, daß wir durch unsere Massen siegen müßten und daß deshalb keine präventive Einschränkung der Geburten propagiert werden dürfe. Das Argument sei ihr zu grob gehauen.“ Letztlich vertrat sie den Kompromiss, Familienplanung als Privatsache zu behandeln und nicht dieser oder jener Theorie

unterzuordnen: „Der Einzelne möge ihretwegen seine Kinderzahl beschränken, aber nicht herkommen als Sozialdemokrat und sagen, es handle sich um ein sozialdemokratisches Kampfmittel. Mit Energie sei der Kampf zu führen für den Ausbau der Sozialgesetzgebung in Reich, Staat und Kommunen, um dem ungewollten Geburtenrückgang und der Säuglingssterblichkeit entgegenzuwirken.“ Würde man diese Forderungen nur nachdrücklich genug vertreten, so würden die Arbeitermassen sich schon „bewußt in den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus stellen.“⁴⁹ Hier handelte es sich um einen klugen Formelkompromiss. Louise Zietz bemühte sich einerseits um eine revolutionäre Rhetorik und griff die Reformisten hart an, andererseits aber konnte man so die reformistischen Bestrebungen innerhalb der Arbeiterbewegung weiterlaufen lassen und stärkte sie damit schlussendlich.

Hinsichtlich der Gebärstreikdebatte wurde in der Zeitschrift *Tribüne* kommentiert: „Rosa Luxemburg und Clara Zetkin wurden nach allen Regeln der Kunst besiegt.“⁵⁰ Das galt allerdings nicht für Louise Zietz, denn ihre mittlere Linie setzte sich letztlich durch. Als im Jahr 1914 im Reichstag ein Gesetzesentwurf zur Verhinderung des Geburtenrückganges diskutiert wurde, lautete die sozialdemokratische Parole nicht mehr „Gegen den Gebärstreik“, sondern „Gegen den staatlichen Gebärzwang“⁵¹.

10 LOUISE ZIETZ, DIE FRAUEN UND DER KRIEG

Am 1. August 1914 tritt das Deutsche Reich in den Ersten Weltkrieg ein, an dessen Ende sowohl das alte Europa als auch die alte Sozialdemokratie nicht mehr existieren werden. Obwohl seitens der Sozialdemokratie, am eindringlichsten wohl von August Bebel selbst, seit Jahrzehnten vor dem großen Krieg mit all seinen Zerstörungen gewarnt worden war, wurde die Partei von den Ereignissen regelrecht überrollt und erwies sich als überfordert. Gleiches galt für die europäische Arbeiterbewegung insgesamt, wie

Helga Grebing darlegt: „Auf der letzten Sitzung des Internationalen Büros vor Kriegsausbruch am 29./30. Juli 1914 in Brüssel glaubte keiner der Anwesenden, dass der Krieg ausbrechen würde, man erwartete vielmehr, dass die Krise nach dem Mord in Sarajewo beigelegt würde, wie bereits manch andere Krise auch. Alle Länderdelegierten zweifelten nicht an den friedlichen Absichten ihrer Regierungen, auch die deutschen nicht. Rosa Luxemburg, die an der Sitzung teilnahm, sah dies nicht anders, und Hugo Haase, der Mit-Parteivorsitzende der SPD, reiste vorzeitig nach Hause in der Erwartung von großen Arbeiterdemonstrationen.“⁵² Hätte die deutsche Arbeiterbewegung zusammen mit ihren europäischen Verbündeten den Ausbruch des Ersten Weltkriegs verhindern können? Diese Frage ist nicht zu beantworten, aber viele Faktoren deuten darauf hin, dass eine Kriegsverhinderung auch durch energischen Protest kaum möglich gewesen wäre. Ein Generalstreik von europäischem Ausmaß war im Sommer 1914 nicht zu erwarten.

Die deutsche, aber auch z. B. die französische und die britische Arbeiterbewegung war, bei allen Repressionen, seit der Jahrhundertwende doch ein gutes Stück weit in die Gesellschaft integriert worden. Sie war eben nicht nur ein Staat im Staate oder eine Parallelgesellschaft, auch wenn dies zum Teil dem Selbstbild entsprach. Man saß in Parlamenten und konnte dort, von den zahlreichen sozialdemokratischen Zeitungen begleitet, öffentlichkeitswirksam scharfe Kritik üben. Die Ausgrenzung der sozialdemokratischen Fraktion schien seit dem Wahlsieg von 1912 auch langsam zu bröckeln. Überhaupt erlebte die Sozialdemokratie hinsichtlich der Wählerstimmen und Mitglieder einen stetigen Aufschwung, in absehbarer Zeit würde sie von der politischen Mitwirkung nicht mehr gänzlich ausgeschlossen werden können. In den Krankenkassen und Gewerkschaften konnten die Funktionäre der Arbeiterbewegung mit beharrlicher Kleinarbeit die Lebensumstände des Proletariats verbessern und waren in sozialpolitischen Bereichen prinzipiell als Verhandlungspartner anerkannt. Diese Errungenschaften durch einen Massenstreik, der zweifellos die Gefahr eines Bürgerkriegs barg, aufs Spiel zu setzen, hätte von der Führung der SPD eine Entscheidungskraft und Risikobereitschaft erfordert, die in den wenigen Wochen der Krise kaum aufzubringen war. Hinzu kam die weit verbreitete Furcht vor der „russischen Barbarei“, die sich nicht zuletzt auf die Erfahrungen der Niederschlagung der ungarischen Revolution 1848/49 durch russische Truppen und der rus-

sischen Revolution von 1905 stützte. Da man über die den Kriegsausbruch beschleunigenden Winkelzüge der eigenen Regierung nicht informiert war, fiel es auch in der Arbeiterbewegung leicht, Deutschland als das Opfer einer russischen Aggression zu betrachten. Einem „Verteidigungskrieg“ konnten und wollten sich auch Sozialdemokraten nicht widersetzen. Am 4. August 1914 schließlich stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig für die Bewilligung der Kriegskredite, zu diesem Zeitpunkt beugten sich kritische Parlamentarier noch der Parteidisziplin: „Wir lassen“, so Hugo Haase im Reichstag, obwohl er selbst die Zustimmung innerlich ablehnte, „in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Aber Haase erhob im Namen seiner Fraktion auch die Forderung, und das relativierte die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten doch erheblich, „daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)“⁵³

Rückblickend bestand die Fehleinschätzung der Sozialdemokratie nicht so sehr darin, eine offensive Antikriegspolitik unterlassen zu haben. Aber mit der Bewilligung der Kriegskredite, die dann auch bei weiteren Abstimmungen fortgesetzt wurde, und der fast uneingeschränkten und auch von den Gewerkschaften betriebenen „Burgfriedenspolitik“ hatte sich die SPD nahezu jeder politischen Handlungsfähigkeit beraubt und der Regierung einen Blankoscheck ausgestellt. Und dies, obwohl eine symbolische Stimmenthaltung sowohl die Stimmung in der Partei, die Zerrissenheit innerhalb der Parteiführung und auch die unzureichende Kenntnis über Kriegsursachen und Kriegsziele am besten widergegeben hätte. „Diese Möglichkeit“, so Axel Weipert, „wurde nicht nur real diskutiert, sie hatte auch eine Vorgeschichte. Denn die Parteigründer August Bebel und Wilhelm Liebknecht enthielten sich bei Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs 1870 ebenfalls der Stimme im damaligen norddeutschen Reichstag.“⁵⁴

Louise Zietz war, wie Marina Spillner nachweisen konnte, gegen die Unterstützung der deutschen Kriegsanstrengungen und lehnte auch die Begründung ab, nach der ein „Verteidigungskrieg“ gerechtfertigt sei. „Sie erklärte, daß unter den russischen Soldaten die ‚bisherigen Kampfgenossen‘

seien und wandte sich gegen die ‚populäre Parole‘, der Krieg sei zugleich ein Kampf gegen den Zarismus.“⁵⁵ Diese Linie vertrat sie auch nachdrücklich im Parteivorstand, in dem es zu diesem Zeitpunkt schon „sehr wenig kameradschaftlich“⁵⁶ zugeing, und stimmte dort am 31. Juli 1914 zusammen mit dem Fraktions- und Parteivorsitzenden Hugo Haase und dem Beisitzer Robert Wengels gegen die Bewilligung der Kriegskredite. „Frau Zietz“, so notierte es der Kriegsbefürworter Eduard David, „ist für Ablehnung und nicht zu überzeugen.“⁵⁷ Hier zeigte sich noch einmal, dass Louise Zietz durchaus eigene Standpunkte entwickeln konnte und diese auch offensiv vertrat, aber im Falle von Konflikten aus Loyalität der Parteidisziplin folgte. So stellte sie etwa bei einer gemeinsamen Sitzung von Parteiführung und Fraktion am 3. August 1914 Wilhelm Dittmann zur Rede, der die Bewilligung der Kriegskredite von der Zusicherung einer defensiven Kriegsführung und dem Verzicht auf Annexionen seitens der Regierung abhängig machen wollte. Sie teilte ihm mit, „der Parteivorstand habe das auch erwogen, aber es sei nicht möglich, solche Forderungen als Bedingung zu stellen.“⁵⁸ Eine folgenschwere Entscheidung.

Wie bei anderen Genossen auch geriet die Geschlossenheit der Organisation bei ihr trotz begründeter politischer und moralischer Einwände nunmehr zu einer Selbstverständlichkeit. Dies zeigte sich etwa in einem Brief an ihren Parteifreund Konrad Ludwig, kurz zuvor hatte sich Karl Liebknecht im Dezember 1914 als erster und einziger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter der Parteidisziplin offen widersetzt, als er gegen eine neue Kreditvorlage votierte: „Und der Liebknecht, ach ja, der hat denen am wehesten getan, die in der Grundauffassung mit ihm übereinstimmen. Diesbezüglich schuf Heiterkeitserfolg bei den Bürgerlichen und Stärkung des revisionistischen und Kompromittierung des radikalen Flügels. Wie wenig politischen Weitblick muß dieser Mann besitzen, der so handeln konnte.“⁵⁹ Hier kam es bei Louise Zietz allerdings zu einer Fehlwahrnehmung, denn das scharfe Schwert der Partei- und Fraktionsdisziplin war, wie Karl Liebknecht später auch selbstkritisch erkannte, bis dahin häufig genug von den Radikalen gegen die Revisionisten ins Felde geführt worden. Auch aus diesem Grund war es für viele sozialdemokratische Kriegsgegner, die zunächst vor allem auf der Parteilinken angesiedelt waren, für lange Zeit so schwierig, sich der Parteiführung zu widersetzen.

Louise Zietz‘ politische Positionen zum und im Krieg werden in zwei Broschüren von 1915 und 1916 deutlich, in denen sie sich mit der Rolle der sozialdemokratischen Frauen im Krieg auseinandersetzte. In ihrer Schrift *Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg* von 1915 versuchte sie, ihren Leserinnen die Ereignisse der vergangenen Monate zu erklären. Zunächst wies sie darauf hin, dass auch die Frauen „leidenschaftlich und mit starker Energie [...] an dem zähen Kampf gegen den Krieg“ teilgenommen hätten. Aber, so machte sie deutlich, der Krieg sei nicht zu verhindern gewesen. Und dies, weil der Krieg sowohl von reaktionären wie kapitalistischen Kräften entfacht worden sei, so dass ein Verteidigungskrieg notwendig und legitim sei. Auf den Widerspruch, dass auch das Kaiserreich als reaktionär und kapitalistisch gekennzeichnet werden könnte, ging sie nicht weiter ein. Die Parole „Gegen den Zarismus!“ unterstützte sie, wies aber darauf hin, dass der Kampf gegen die vielen russischen Genossen auf der Gegenseite eine schmerzhaft Erfahrung war. Aber wenn der Krieg erst einmal vorbei war, stünde der Klassenkampf wieder auf der Tagesordnung: „Das ist hier wie überall Aufgabe innenpolitischer Kämpfe.“ Der Krieg wurde also vom Klassenkampf vollständig abgekoppelt, auch hinsichtlich der englischen Kriegserklärung, die ganz allgemein unter jenen Kräften eingeordnet wurde, „die in allen kapitalistisch hochentwickelten Staaten zu der so verhängnisvollen Weltmachtspolitik geführt hätten.“ Letztlich war das eine sozialdemokratische Variante des „Hineinschlitterns“ in den Krieg. Und in dieser unabänderlichen Situation bestünde die einzige Aufgabe der Sozialdemokratie und insbesondere der Frauen: in Pflichterfüllung!

Worin diese Pflichterfüllung bestand, machte sie anhand eines gemeinsamen Aufrufs des Parteivorstands und der Generalkommission der Gewerkschaften deutlich. „Als wichtigste Arbeitsgebiete dieser Hilfsaktion“, hieß es dort, „kämen etwa die folgenden in Betracht, die am besten allerorts bestimmten Frauengruppen zugewiesen werden:

1. Auskunftserteilung;
2. Kommunale Arbeit;
3. Kinderfürsorge;
4. Kranken- und Wöchnerinnenhilfe.“

Die gerade erst geschaffene Frauenorganisation sollte also im Krieg auf die Rolle einer unpolitischen Wohlfahrtsorganisation beschränkt bleiben. Zwar stellte Louise Zietz auch sozialpolitische Forderungen, aber letztlich ging es dabei auch nur um die Vorstellung, „die Arbeiterschaft vor dem Versinken in Elend und Knechtschaft zu bewahren, sie gesund an Körper und Geist zu erhalten und damit fähig zu machen für die Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben.“ Wann diese „geschichtlichen Aufgaben“, damit konnte ja nur die Herbeiführung des Sozialismus gemeint sein, anstünden, blieb offen. Die Burgfriedenspolitik wurde also auch auf die Frauen ausgedehnt, in nahezu allen Bezirken beteiligten sich die Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen gemeinsam mit bürgerlichen Frauenorganisationen an der Kriegshilfe, die Entscheidung dazu ist offensichtlich in den Bezirken selbst getroffen worden. Wenigstens zu Beginn des Krieges hat es also auch unter den sozialdemokratischen Mitgliedern die Bereitschaft zur nationalen Solidarität gegeben. Das schloss natürlich keine Kritik an Missständen aus, die Louise Zietz in zahlreichen Eingaben und Protestbriefen nachdrücklich benannte. Darüber hinaus wurde auch die „Pflichterfüllung“ der Frauen im Krieg als Argument für die Einführung des Frauenwahlrechts aufgeführt. Zu einer grundsätzlichen Kritik an der Kriegspolitik der politischen und militärischen Führung, dessen Folgen an der „Heimatfront“ ja offensichtlich waren, gelangte aber auch Louise Zietz nicht. Dies lag aber weniger an der überzeugten Kriegsgegnerin selbst, sondern vielmehr an der unbeweglichen Haltung des Parteivorstands. Zu diesem Zeitpunkt herrschte innerhalb der Arbeiterbewegung und ihren Publikationsorganen hinsichtlich der Kriegsfrage schon eine regelrechte Selbstzensur, an vielen Orten kam es zu „Konflikten zwischen linksstehenden Redakteuren und rechtsstehenden Aufsichtsinstanzen der Parteizeitungen.“ Zum Teil wurde sogar „hemmungslose nationalistische Stimmungsmache betrieben“, wie Wilhelm Dittmann anmerkte, „die viel zur Verschärfung der Gegensätze in der Partei“⁶⁰ beitrugen.

Auch im Krieg zeigte sich in der Sozialdemokratie das Dilemma zwischen revolutionärer Theorie und reformerischer Praxis. Auf der einen Seite beklagte man die Verheerungen des Krieges und versuchte, die schlimmsten Übel zu lindern. Aber mehr als die Hoffnung auf eine allgemeine „Friedenssehnsucht“ bei allen Völkern gab es nicht. Andererseits schimmerte

in ferner Zukunft, wenn es denn einmal einen Frieden geben würde, der Sozialismus. „Heiligste Aufgabe“, so schrieb es Louise Zietz, „ist uns deshalb: das Band der Solidarität fester zu knüpfen, national und international, unter allen Männern und Frauen, die sich um das Banner des Sozialismus scharten; unablässig zu werben für den sozialistischen Gedanken und für die sozialdemokratischen Organisationen; bestens mitzuarbeiten an der Verfestigung und Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis; mit starkem Willen und geschulter Kraft für die Einheitlichkeit, die Geschlossenheit, die Schlagfertigkeit und die Stärke der Partei zu wirken.“⁶¹ Im Jahr 1915 war das eine nur vage Hoffnung, aber einen Einfluss auf die deutsche Kriegspolitik hatte die Sozialdemokratie natürlich auch nicht.

Die ein Jahr später erschienene Schrift *Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher* war dann nur noch eine Auflistung der Arbeitsleistung von Frauen im Krieg, aus der für die Nachkriegszeit politische Forderungen wie bessere Arbeitsbedingungen und vor allem das Wahlrecht abgeleitet wurden: „Die proletarischen Frauen und Mädchen führen deshalb ihren Kampf um das Bürgerrecht der Frau in den Reihen der Sozialdemokratie, die überall, wo immer sie seither ihre Fahnen entfaltet, für die Rechte der Frauen eingetreten sind. Nach dem Kriege werden sie stärker als je zuvor an die Tore der Parlamente pochen und gestützt auf ihre sozialen Leistungen Einlaß begehren.“⁶² Aber die Lasten des Krieges stellten die Sozialdemokratie immer mehr vor eine Zerreißprobe, der Unmut in Teilen der Partei bald nicht mehr zu besänftigen.

11 DIE PARTEISPALTUNG VON 1917

Wie die Parteimitglieder im August 1914 zum Krieg standen, kann heute nicht mit Sicherheit gesagt werden. Noch im Juli hatten alleine in Berlin etwa 30.000 Teilnehmer an geschlossenen Antikriegsveranstaltungen teilgenommen und sich zum Teil gewalttätige Auseinandersetzungen mit

der Polizei geliefert. „An der Ecke Unter den Linden und Friedrichstraße“, so hieß es in einem Pressebericht, „vor dem bekannten Café Kranzler ertönten gegen zehn Uhr einzelne Pfiffe und dazu Rufe wie: ‚Nieder mit den Kriegshetzern!‘ Nun wurde die Zahl der Sozialdemokraten rasch größer, und vor dem Café stimmten einige die Arbeitermarseillaise an. Ein kurzer Befehl – die berittenen Schutzleute sitzen auf [...]. Die Massen prallen aufeinander, immer wieder müssen die Berittenen vor, die Bürgersteige sind bald gesäubert, die Pferde treiben, was nicht freiwillig geht, vor sich her.“ Über die „Kriegsbegeisterung“ in der Berliner Arbeiterschaft berichtete ein mittlerer Parteifunktionär: „Kriegsbegeistert waren die Berliner Arbeiter nicht. Nur ein verschwindend kleiner Teil hat sich – und auch nur kurzfristig – von dem hurratriotischen Rummel des Bürgertums, der Kleinbürger, Beamten und Angestellten mitreißen lassen. Die übergroße Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft war gegen den Krieg.“⁶³ Die Mehrheit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird 1914 weder gegen den Krieg demonstriert noch ihn unterstützt haben. „Die sozialdemokratischen Frauen haben leidenschaftlich und mit starker Energie teilgenommen an dem zähen Kampf ihrer Klasse gegen den Krieg“, so fasste Louise Zietz die Stimmung bei vielen Mitgliedern wohl treffend zusammen, „[...] Und doch standen sie, als die entsetzensvolle Katastrophe über uns hereinbrach, dem schier Unfaßbaren zunächst starr und fassungslos gegenüber.“⁶⁴ Auch die sehr ambivalente Stimmung an der Basis mag ein Grund dafür gewesen sein, warum die Parteiführung keinen energischen Vorstoß gegen den Krieg unternahm.

Aber im Laufe des Krieges kam es immer wieder zu Unmutsäußerungen aus dem Arbeitermilieu, und die Frauen, welche in der Heimat einen großen Teil der kriegsbedingten Lasten tragen mussten und um ihre Ehemänner und Söhne an der Front besorgt waren, beteiligten sich stark an den Protesten. Durch die Abwesenheit von Millionen Soldaten mussten viele Frauen für den Lebensunterhalt aufkommen und, häufig zu deutlich niedrigeren Löhnen, Arbeit in Industriebetrieben aufnehmen. Aufgrund der Blockade durch die Royal Navy und einer überforderten Verwaltung wurde die Lebensmittelversorgung zusehends schwierig. Neben Arbeit, Haushaltsführung und Kinderbetreuung waren Frauen noch mit Hamsterfahrten, Eigenanbau und Schlangestehen beschäftigt. Unmut konnte schnell in spontanen Protest umschlagen, wie ein Berliner Polizist berichtete: „An den Verkaufsstellen der

in den Arbeitervierteln gelegenen Markthallen und Lebensmittelgeschäften lassen sich mitunter Wahrnehmungen machen, die sehr zu denken geben. Sobald zum Beispiel irgendein notwendiges Lebensmittel eine weitere, teilweise wucherische Preissteigerung erfahren hat, stehen die wartenden Arbeiterfrauen in kleineren und größeren Gruppen herum und geben ihren Unwillen in lebhafter Weise untereinander Ausdruck.“ Solche Situationen konnten leicht eskalieren. So verwüsteten zahlreiche Frauen im Oktober 1915 in Friedrichshain ein Buttergeschäft, nachdem dort die Preise erhöht worden waren. Der Besitzer hatte ihnen mittgeteilt, dass sie bald „Heringslake und Scheiße als Delikatesse fressen“ dürften. Im Adlon wurden trotz der Lebensmittelknappheit natürlich ganz andere Delikatessen serviert.

Offenkundig wurde die hoffnungslose Lage im „Kohlrübenwinter“ 1916/17. „Die Arbeitsverhältnisse“, so berichtete es ein Berliner Arbeiter, „waren so, wie sie im Frühkapitalismus gewesen sein mögen. Immer war ‚etwas los‘. Besonders in den Nachtschichten. Keine Nacht ohne Zusammenbruch einer oder mehrerer Frauen an den Maschinen, infolge Erschöpfung, Hunger, Krankheit. [...] In der Kantine gab es zwölfmal in der Woche, mittags und mitternachts, Kohlrüben; manchmal mit, meistens ohne Kartoffeln.“⁶⁵ Auch an anderen Orten kam es zu Hungerkrawallen. In Hamburg stürmte im Februar 1917 eine aufgebrachte Menge auf der Suche nach Brot über 100 Geschäfte und verwüstete diese, die Unruhen konnten nur durch den Einsatz von Militär eingedämmt werden. Derartigen Aufruhr hatte es in Hamburg schon seit dem Sommer 1916 regelmäßig gegeben. Ganz ähnlich ist die Situation in Kiel. Dort kommt es schon im Juni 1916 zu dreitägigen Hungerunruhen und Ausschreitungen, auch an der Förde muss Militär eingesetzt werden. Die Tagesration an Kalorien sinkt auf weniger als die Hälfte des Mindestbedarfs, als sich herumspricht, dass die Kriegsmarine Nahrungsmittel hortet, gehen in Kiel über 15.000 Werftarbeiter auf die Straße. Der Stadtrat in Rostock gelangte 1917 zu der Feststellung: „Bei den Anfang Juli d. J. in hiesiger Stadt stattgehabten Unruhen ist Privateigentum verschiedener Einwohner der Stadt in erheblichem Maße geschädigt worden, indem Brote, Butter und Mehl ohne Bezahlung entwendet, Fensterscheiben in Läden und Wohnungen zerbrochen und andere Beschädigungen an Häusern verübt sind.“⁶⁶ Aufgrund dieser Unruhen wurden 30 Personen vor Gericht gestellt, die Hälfte davon waren Frauen. In den Arbeiterhochburgen kündigte sich

die Revolution von 1918/19 schon Jahre vorher an. Es liegt nahe, dass die beschwichtigenden Äußerungen von Louise Zietz und anderen Parteifunktionären in diesem Umfeld kaum noch auf Resonanz stießen.

Diese zunächst spontanen Proteste in den Arbeiterhochburgen mussten fast zwangsläufig Auswirkungen auf die Sozialdemokratie haben. Vor allem in Berlin begann sich die Antikriegsopposition zu organisieren. Die entschiedenen Kriegsgegner um Karl Liebknecht gründeten am 1. Januar 1916 die Spartakusgruppe, aus der später die KPD hervorging. Als Liebknecht am 1. Mai 1916 bei einer Antikriegsdemonstration verhaftet wurde, organisierten die Revolutionären Obleute Solidaritätsstreiks mit über 50.000 Teilnehmern. Währenddessen hatte sich die innerparteiliche Krise zusehends verschärft. Schon im Dezember 1915 hatten 20 sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag gegen neue Kriegskredite gestimmt. Zum endgültigen Bruch kam es dann im März 1916, als die Kriegsgegner auch noch den vorgeschlagenen Notetat ablehnten. „Da die Opposition ihre Absicht, im Plenum des Reichstages entgegen dem Fraktionsbeschluss zu stimmen, geheimhielt, sah eine Mehrheit darin nicht nur ‚Disziplinbruch‘, sondern einen ‚Treibbruch‘. Mit 58 zu 33 Stimmen sprach sie den 20 Dissidenten die Rechte der Fraktionszugehörigkeit ab. Unter dem Namen ‚Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft‘ konstituierten sie sich als selbstständige Fraktion.“⁶⁷

Auch bei Louise Zietz kam es in den Jahren nach Beginn des Weltkriegs zu einem Umdenkprozess. Wie bereits dargelegt wurde, unterstützte sie noch Anfang 1916 die Linie der Parteiführung, wenn auch ohne innere Überzeugung. Schon 1915 hatte sie in einem Konflikt über eine von Clara Zetkin in Bern einberufene internationale Frauenkonferenz, auf der eine scharfe Antikriegs-Resolution verabschiedet worden war, zwischen Parteivorstand und Kriegsgegnern zu vermitteln versucht, aber die Fronten blieben verhärtet. Am 29. Oktober 1915 erlebte Louise Zietz dann hautnah einen Eklat, der ein Schlaglicht auf die Stimmung bei vielen Parteimitgliedern und insbesondere bei den sozialdemokratischen Frauen warf. An diesem Tag „drang eine Frauendelegation der Berliner Sozialdemokratinnen in die Sitzung des Parteiausschusses und erzwang eine Anhörung. Als Friedrich Ebert die unter ‚ungeheurem Geschimpfe‘ in den Saal stürmenden Frauen um Ruhe bat, erklärten diese; ‚Ach wat, jetzt reden wir! Sie haben jarnischt zu sagen!‘ Sie be-

schimpften ihre Genossen als ‚Lumpen‘, ‚Schufte‘ und ‚vollgefressene Kerle‘. Eine Vertreterin der Delegation hielt eine Rede, in der sie aufforderte, endlich ‚energisch für den Frieden einzutreten‘, die Burgfriedenspolitik durch Klassenkampf zu ersetzen und eine Protestbewegung gegen die Lebensmittelteuerung ins Leben zu rufen.“⁶⁸ Die später von Philipp Scheidemann in die Welt gesetzte Vermutung, Zietz habe diesen Tumult organisiert, ist wohl eine Legende, sagt aber einiges über die Stimmung innerhalb der Parteiführung aus. Wiederum versuchte Louise Zietz, die Situation zu entschärfen. In der *Gleichheit* rief sie Ende November dazu auf, gemeinsam gegen das Spekulantentum vorzugehen; aber das grundsätzliche Problem der Einstellung zum Krieg ließ sich nicht mit Formelkompromissen lösen. Öffentlich konnte sie in diesem Streit zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr wirken, im Januar 1916 wurde ihr seitens der Behörden Redeverbot erteilt und der Auslands-pass entzogen. Trotzdem „reiste sie in die Schweiz und nach Stockholm, wo sie offensichtlich neuen Mut für ihre aufreibende Arbeit schöpfte.“⁶⁹

Nach der Fraktionsspaltung im März 1916 schließlich trat der Kriegsgegner Hugo Haase vom Parteivorsitz zurück und Anfang 1917 schied auch seine Mitstreiterin Louise Zietz als Parteisekretärin aus. Im Unterschied zu Haase wurde sie allerdings zusammen mit Robert Wengels von der Vorstandsmehrheit abgesetzt. In der *Gleichheit*, deren Redaktion sich schon seit 1915 eines erheblichen Drucks seitens des Parteivorstands und der Gewerkschaften ausgesetzt sah, konnte man dazu im März 1917 lesen: „Die höchste Staffel des Regiments, der starken Faust, hat seither der Parteivorstand mit dem Hinauswurf des Genossen Wengels und der Genossin Zietz erreicht. Ein nackter Gewaltschlag ohne jede demokratische Farce.“⁷⁰ Hintergrund war die Einberufung einer Reichskonferenz der oppositionellen Sozialdemokraten im Januar 1917, auf die der Parteivorstand mit Parteiausschlüssen reagierte. Louise Zietz und Robert Wengels hatten sich öffentlich von dieser „Parteisäuberung“ distanziert. Nach diesem Hinauswurf machte der Parteivorstand tabula rasa. Das Frauenbüro wurde aufgelöst, man vermutete wohl zu Recht, dass es bei den organisierten Frauen großen Rückhalt für Louise Zietz gab. Diese Überreaktion der Parteiführung, die sich hinsichtlich ihrer Burgfriedenspolitik in eine politische Sackgasse hineinmanövriert hatte, verdeutlicht hinsichtlich des Auseinanderbrechens der SPD eines: „Es war die rechte Mehrheit, und nicht die linke Minderheit, die die Spaltung

wollte.”⁷¹ Und dies immer vor dem Hintergrund, dass mittlerweile aus der Front eine reine Knochenmühle geworden war und Menschen in der Heimat verhungerten, während gleichsam immer schrillere Annexionspläne in die Öffentlichkeit getragen wurden. Auch an der Person Louise Zietz kann verdeutlicht werden, wie schmerzhaft die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung für die Beteiligten war und dass es sich dabei nicht um ein punktuelles Ereignis handelte, sondern um einen längerfristigen Prozess während der Kriegsjahre. Die Wunden dieser Zeit sind wohl bis heute nicht ganz verheilt.

Nachdem sich Louise Zietz über Jahre, häufig genug gegen ihre politischen Grundüberzeugungen, der Parteidisziplin unterworfen hatte, empfand sie den Rückzug aus dem Amt als eine regelrechte Befreiung. Gut dreieinhalb Jahre später, anlässlich des Todes von Haase, schilderte sie ihre Sicht der Atmosphäre im Parteivorstand in der *Freiheit*: „Jene Jahre von Bebels Tod bis zu unserm Ausscheiden aus dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei waren für uns beide, insbesondere aber für Haase, voller Bitternisse, das reine Martyrium. [...] Immer feindseliger wurde die Haltung der Vorstandsmehrheit, wir lebten in einer Atmosphäre des Hasses, der sich von Zeit zu Zeit in den unerquicklichsten Auftritten entlud”⁷². Wie nahe Louise Zietz die Ereignisse der Jahre 1916/17 gingen, schilderte später Louise Kautsky. „Was für die mit allen Fasern an der Bewegung hängende Genossin Zietz dieser Schnitt ins lebendige Fleisch der Partei bedeutete, das bedarf keiner weiteren Schilderung. Die Wunden, die ihr damals geschlagen wurden, sind nie verheilt. Eine tiefe Bitterkeit hatte sich ihrer bemächtigt, die ihr sonst wesensfremd war.”⁷³

Die Spaltung von Partei und Fraktion bildete auch im Leben von Louise Zietz eine tiefe Zäsur. So verbittert sie auch gewesen sein mag und wie wenig Lebenszeit ihr noch verblieb, die Zeit von 1917 bis zu ihrem Tod 1922 ist letztlich die spannendste ihres politischen Lebens und wird in den wenigen biografischen Beiträgen erheblich unterschätzt. Erst nach ihrer Abnabelung von der alten SPD und ihrem Übertritt zur USPD wird aus der Agitatorin die Politikerin Louise Zietz. Sie emanzipiert sich von der Rolle der braven Parteisoldatin, die doch in der fast schon männerbündlerischen SPD immer auch ein wenig das weibliche Feigenblatt ihrer Genossen war. Seit 1917 und ins-

besondere als Abgeordnete der Nationalversammlung und des Reichstags hat sie politische Möglichkeiten und Handlungsspielräume, die sie zuvor nicht hatte und auch nicht haben konnte. Sie gewinnt politisches Profil auch jenseits von frauenspezifischen Themen. Erst ab diesem Zeitpunkt wird ihr ganzes politisches Potential sichtbar. Dass es sich nur für wenige Jahre entfalten konnte, hat wesentlich zu ihrer Marginalisierung in der Geschichtsschreibung zur deutschen Arbeiterbewegung beigetragen.



Abb. 11: Delegierte des Parteitags der USPD in Leipzig, 1919

Zunächst geht die Arbeit unvermindert weiter. In der *Gleichheit* wird Zietz' Privatadresse veröffentlicht, von dort aus soll der notwendige „Zusammenhang in der proletarischen Frauenbewegung”⁷⁴ aufrechterhalten werden, heißt es dort. Anfang April 1917 konstituierte sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) als eigenständige Partei in Gotha. Die Trennlinie zu der nunmehr Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD), die aber den alten Namen beibehielt, bestand weniger in einem schlichten Links-Rechts-Gegensatz oder der Auseinandersetzung zwischen revolutionären Marxisten und Reformisten, sondern vielmehr in prinzipiell unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Streitpunkte Kriegskredite, Burgfrieden und Kooperation mit den bürgerlichen Parteien. Auch Revisionisten wie Eduard Bernstein oder Kurt Eisner schlossen sich der USPD an, Karl Kautsky ebenfalls. Vor diesem Hintergrund gab es seit 1917 tatsächlich, nicht nur dem Namen nach, zwei sozialdemokratische Parteien in Deutschland. Die USPD verstand sich sogar als die eigentliche Sozialdemokratie, „unsere USPD”, so Wilhelm Dittmann, „wird dafür sorgen, daß nach dem Kriege die alte deutsche Sozialdemokratie wiederersteht.”⁷⁵ Die entscheidende Frage, jene, ob der Sozialismus demokratisch oder autoritär ausgestaltet werden sollte, wurde nicht zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien ausgefochten, sondern innerhalb der USPD. Denn der

USPD hatten sich auch die radikalen Spartakisten um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Clara Zetkin angeschlossen.

Die Gründung der USPD stieß auf große Resonanz innerhalb der Arbeiterbewegung. Zumal, wenn man die Disziplin und Anhänglichkeit der Mitglieder an die Mutterpartei bedenkt. Wohl nur kaum weniger als die Hälfte der Mitglieder der SPD, deren Mitgliedschaft in Folge des Krieges allerdings rapide gesunken war, schloss sich der Neugründung an. Gerade in den traditionellen Arbeiterhochburgen wie Berlin oder Leipzig traten ganze Bezirke nahezu vollständig zur USPD über, und dies trotz massiver Repressionen seitens der Behörden. Louise Zietz gehörte dem Zentralkomitee der USPD zusammen mit ihrem Freund Wilhelm Dittmann als Sekretärin an, Hugo Haase und Georg Ledebour fungierten als Vorsitzende. Obwohl die USPD im Reichstag beständig für einen bedingungslosen Verständigungsfrieden warb und die großen Friedensproteste im Januar 1918 mit initiierte, blieben ihre politischen Einflussmöglichkeiten bis zum Ende des Krieges äußerst begrenzt. Das sollte sich mit der Revolution im November 1918 ändern.

12 DIE REVOLUTION UND DER AUFBAU DER ERSTEN DEUTSCHEN DEMOKRATIE

„Die Götzendämmerung für das alte System“, so der USPD-Vorsitzende Hugo Haase am 23. Oktober 1918 vor dem Reichstag, „ist hereingebrochen. Schon zeigt sich die Morgenröte einer neuen Zeit.“⁷⁶ Keine zwei Wochen später brach die Revolution dann tatsächlich aus.

Die Revolution von 1918/19 war nicht die Ursache, sondern die Folge des militärischen Zusammenbruchs des Deutschen Reichs im Spätsommer 1918. Die Revolution begann mit spontanen Meutereien kriegsmüder Matrosen in Kiel, die am 4. November die Kontrolle über die Hafenstadt übernahmen. In den folgenden Tagen breitete sich die revolutionäre Bewegung über das



Abb. 12: Bewaffnete Revolutionäre in Berlin, 1918

ganze Land aus. Arbeiter- und Soldatenräte übten vielerorts die Macht aus. Dies aber weniger im Sinne einer revolutionären Machtübernahme, sondern vielmehr aufgrund des faktischen Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung. Es war in vieler Hinsicht den Räten zu verdanken, dass es Ende 1918 in Deutschland überhaupt noch so etwas wie geordnete Strukturen gab. In dieser Situation trat am 10. November, wiederum mehr improvisiert als geplant, in der Reichskanzlei der „Rat der Volksbeauftragten“ aus jeweils drei Mitgliedern von MSPD und USPD zusammen und bildete eine Art Übergangsregierung. Am Tag zuvor hatte Philipp Scheidemann (MSPD) die Republik ausgerufen. In Übereinkunft mit dem Reichsrätekongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der im Dezember 1918 in Berlin tagte, wurde schließlich der Übergang in eine parlamentarische Demokratie beschlossen, Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung zum 19. Januar anberaumt. Doch zur Ruhe kam die Republik zunächst nicht. Im Januar 1919 wurde der „Spartakusaufstand“ mit Hilfe von Freikorps niedergeschlagen, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg brutal ermordet. Der Aufstand, so Heinrich Potthoff, „markiert einen Wendepunkt. Von hier aus nahm das wechselseitige Aufschaukeln der Radikalen von links und rechts

seinen Lauf, während gleichzeitig das von der Sozialdemokratie repräsentierte Element einer demokratischen und sozialen Umgestaltung der Gesellschaft zerrieben und zerrissen wurde."⁷⁷ Und auf der gesellschaftspolitischen Linken ging der Riss mitten durch Louise Zietz' USPD.

Im Oktober/November 1925 fand in München der „Dolchstoßprozess“ statt. Angeklagt war der sozialdemokratische Journalist Martin Gruber, der einem konservativen Publizisten aufgrund dessen Verbreitung der „Dolchstoßlegende“ Geschichtsverfälschung vorgeworfen hatte. Obwohl die schon chronologisch unsinnige Vorstellung, die Revolutionäre hätten dem siegreichen Heer einen Dolch in den Rücken gerammt, im Prozess widerlegt werden konnte, wurde Martin Gruber wegen Beleidigung und übler Nachrede verurteilt. Wenige Monate später, im Januar 1926, begann Wilhelm Dittmann in einem Ausschuss der Nationalversammlung mit seinen *Enthüllungen und Feststellungen über die Marine im Weltkrieg*, die auch medial für Aufsehen sorgten. Er trat der Legende entgegen, dass die ersten Unruhen unter den Matrosen der Hochseeflotte im Sommer 1917 von der USPD entfacht worden seien. Im Zuge des militärgerichtlichen Verfahrens gegen die Aufrührer war unter anderem der Matrose Max Reichpietsch im August 1917 zum Tode verurteilt worden. Nach diesem Opfer der willkürlichen Militärjustiz ist das bekannte Reichpietschufer in Berlin benannt, an dessen Gabelung zur Hiroshimastraße heute die Berliner Dependence der Friedrich-Ebert-Stiftung angesiedelt ist. „Man hatte“, so Wilhelm Dittmann zur politischen Dimension dieser Vorkommnisse, „bei den Schiffsprozessen fortgesetzt versucht, „Material gegen mich, Frau Zietz, Haase und Vogtherr und unsere Partei zu gewinnen, um uns strafrechtlich und vor allem politisch verfolgen zu können.“ Im Rahmen der Untersuchung, die sich wesentlich auf frei erfundenes Material stützte, wurde Louise Zietz verhaftet und nach 14 Tagen gegen eine Kaution von 12.000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Verfahren wurde schließlich eingestellt: „Am 12. April 1918 stellte der *Oberreichsanwalt Dr. Zweigert* den *Antrag auf Einstellung des Verfahrens* gegen Zietz und Büdeler, und der 1. Strafsenat des Reichsgerichts hat am 29. April 1918 beschlossen, die Angeschuldigten außer Verfolgung zu setzen.“⁷⁸

Ob oder inwieweit Louise Zietz in Kontakt mit den revoltierenden Matrosen

stand, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren. Der Schriftsteller Ernst Toller schilderte in seinem Drama *Feuer aus den Kesseln* von 1930 ein Treffen im Reichstag:

„Dittmann: *Bist du bei der USP, Genosse?*

Reichpietsch: *Ich möchte schon lange eintreten, andere auch.*

Dittmann: *Darüber müßt ihr mit der Genossin Zietz sprechen, sie wird gleich kommen.*

Sachse: *Was sollen wir tun?*

Dittmann: *Was ihr tun sollt? Ihr müßt sehr vorsichtig sein.*

Reichpietsch: *Wenn nur der ganze Schwindel ein Ende nähme!*

Dittmann: *Wir wollen uns mit den ausländischen Genossen in Stockholm treffen. Wenn die Regierungen kein Friedensprogramm finden können, werden wir es tun. Habt Vertrauen Genossen. Einerseits müßt ihr aktiv sein, andererseits müßt ihr daran denken, daß ihr vors Kriegsgericht kommen könnt... Da ist die Genossin Zietz... Genossin Zietz, hier stelle ich dir zwei Matrosen vor, die mit der USP sympathisieren. Denk dir, auf den Kriegsschiffen gibt es Abonnenten der ‚Leipziger Volkszeitung‘.*

Louise Zietz: *Ihr seid ja Prachtkerls. Da müssen sich die Arbeiter in Wilhelmshaven vor euch schämen. Dort haben wir kaum ein Dutzend.*

Reichpietsch: *Wir möchten gern ein paar Broschüren mitnehmen an Bord.*

Louise Zietz: *Bekommt ihr. Bekommt ihr.*⁷⁹

Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese fiktive Szene so oder doch wenigstens so ähnlich stattfand. Hugo Haase, so erinnerte sich Wilhelm Dittmann, stellte den Sachverhalt im Reichstag so dar: „Im Sommer habe der Matrose Reichpietsch, der in Berlin-Neukölln bei seinen Eltern auf Urlaub war, uns im Reichstage Klagen über Bordmißstände vorgetragen, wie das Dutzende anderer Matrosen auch getan hatten [...]. Außerdem habe er uns erzählt, daß an Bord die Zeitungen unserer Partei eifrig gelesen würden, ebenso unsere Broschüren. Er habe uns berichtet, daß man an Bord und an Land auch zur politischen Diskussion zusammenkomme. Trotzdem das alles erlaubt wäre, hätten wir ihn zur Vorsicht ermahnt und gewarnt, die Vorgesetzten könnten ihnen eines Tages einen Strick daraus drehen, denn sie seien sicher Gegner unserer Partei.“⁸⁰ Genau so kam es dann auch.



Abb. 13: Krankenschwestern kehren aus dem Felde nach Berlin zurück, 1918

Wie dem auch sei, Louise Zietz spielte weder bei den Unruhen von 1917 noch in der Revolution von 1918/19 eine entscheidende Rolle. Gleiches galt für beide sozialdemokratischen Parteien, die Revolution entfaltete sich zunächst ohne Einwirkungen seitens der USPD oder der MSPD. Überhaupt befand sich die USPD Ende 1918 „im Zustande großer Zerfahrenheit, als höchste Geschlossenheit dringend notwendig gewesen wäre.“ Da die wichtigsten Personen Partei im Rat der Volksbeauftragten und den Räten vereinnahmt waren, war, wie Wilhelm Dittmann meinte, „unsere Zentral-Parteileitung stark verwaist. Louise Zietz mußte mit Hilfskräften die Parteigeschäfte allein weiterführen, was in der Revolutionszeit eine enorme Arbeitslast auf ihre Schultern lud.“⁸¹ Die Überforderung der Partei und ihre Hilflosigkeit, zeitnah auf die sich überschlagenden Ereignisse zu reagieren, zeigte sich dann insbesondere bei den Kämpfen in Berlin vom 5. bis 12. Januar 1919. Curt Geyer, der von Leipzig aus nach Berlin geeilt war, berichtete später davon, dass er in diesem Zeitraum den USPD-Partei Vorstand am Schiffbauerdamm aufsuchte. „Anwesend“, so schrieb er, „war nur das Parteivorstandsmitglied Frau Zietz. Sie weinte. Ich fragte nach der Haltung des Parteivorstands. Sie erklärte, die Partei versuche zu verhandeln, um so einen

Abbruch der Kämpfe herbeizuführen. [...] Der Besuch hinterließ bei mir den Eindruck, daß die Parteileitung nicht wüßte, was sie wollte.“⁸²

Auf der extremen Linken geriet die USPD durch die Gründung der KPD zum Jahreswechsel 1918/19 unter enormen Druck, der durch die Niederschlagung des Aufstands im Januar noch verstärkt wurde. Bei der folgenden Wahl zur Nationalversammlung aber, zu der die KPD nicht angetreten war, erzielten beide sozialdemokratischen Parteien solide Wahlergebnisse. Die Mehrheitssozialdemokraten kamen auf 37,9 Prozent und 165 Mandate, während die Unabhängigen 7,6 Prozent und 22 Mandate erzielten. Bei den rund 13.000 Wählern der noch im Osten stehenden Truppenverbänden stimmten sogar drei Viertel für beide Arbeiterparteien. Louise Zietz wurde für den Wahlkreis 3 (Berlin) in die Nationalversammlung gewählt, der insgesamt 37 Frauen angehörten. Ihre Parteifreundin Lore Agnes wurde nur deswegen als Schriftführerin in das Präsidium der Nationalversammlung gewählt, weil keine andere Partei eine Frau nominiert hatte und es zu einem parteiübergreifenden Aufstand der weiblichen Abgeordneten kam. Lore Agnes, deren Lebensweg ganz ähnlich verlief wie jener von Louise Zietz, wurde schließlich mit den Stimmen der USPD, der Frauen und einzelner Abgeordneter gewählt – die überwältigende Mehrheit der männlichen Abgeordneten hatte sich der Stimme enthalten.

Für eine parlamentarische Mehrheit aber reichten die Wahlergebnisse beider sozialdemokratischen Parteien nicht aus und aufgrund der persönlichen Verletzungen, die inhaltlichen Unterschiede hätten zweifellos überwunden werden können, wäre eine Koalition von MSPD und USPD wohl auch auf starke Hindernisse gestoßen. Darüber hinaus waren die Unabhängigen noch immer über die nur wenige Tage zurückliegenden Gewaltexzesse der „Noske-Soldateska“ entsetzt. „Für die Fraktion der U.S.P.D.“, so hieß in einer Entgegnung an die mehrheitssozialdemokratische Fraktion, „kommt der Eintritt in die Regierung so lange nicht in Frage, bis die gegenwärtige Gewaltherrschaft beseitigt ist und bis die sämtlichen Mitglieder der Regierung nicht nur das Bekenntnis ablegen, sondern auch den entschlossenen Willen betätigen, die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gegen die Bourgeoisie und gegen die Militäradokratie sicherzustellen.“⁸³ Zudem ging es den Mehrheitssozialdemokraten auch

um eine Einbindung des politischen Katholizismus und des Linkliberalismus in die Regierung, und in einer derartigen Konstellation wäre die USPD politisch ohne Einfluss geblieben. So wurde schließlich die Weimarer Koalition aus MSPD, Zentrumspartei und Deutscher Demokratischer Partei (DDP) gegründet. Das sorgte einerseits für eine vorläufige Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie, erschwerte aber andererseits die als notwendig erkannte Demokratisierung des Staatsapparats, insbesondere beim Militär und in der Justiz und erste Sozialisierungsmaßnahmen. Aber man sollte die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland auch nicht nur von ihrem Ende im Jahr 1933 her denken. „Die Republik und ihre Verfassung“, so das Fazit von Helga Grebing, „boten die Chance zum Ausbau des sozialen Rechtsstaates und schufen den Rahmen für die nun beginnende kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften.“⁸⁴



Abb. 14: Mitglieder der Fraktion der USPD in der Nationalversammlung, 1919

Als sich die Republik nach der Wahl zur Nationalversammlung vorläufig stabilisierte, begann die USPD zu zerfallen. Auf dem außerordentlichen Parteitag im März 1919 in Berlin, auf dem eine Mitgliedschaft der Partei von rund 300.000 vermeldet wurde, konnten sich die Gemäßigten noch einmal

durchsetzen. Wilhelm Dittmann erfuhr von einer geheimen Tagung radikaler Delegierter, die ihn als Sekretär „absägen“ wollten und einen Gegenkandidaten aufstellten: „Dazu fand sich dann ‚mein‘ Remscheider Parteisekretär Rudolf Bühler bereit, der es bei der Wahl aber nur auf 24 Stimmen brachte, während ich 91 Stimmen erhielt; für Louise Zietz wurden 99 Stimmen abgegeben, auch sie war manchen Unentwegten nicht radikal genug.“⁸⁵ Die Konflikte konnten aber nicht eingedämmt werden, gerade die neu in die Partei gekommenen Mitglieder drängten auf einen radikaleren Kurs. Andere, wie zum Beispiel Clara Zetkin, die auf dem Parteitag eine Art Abschiedsrede hielt, traten zur KPD über.

Während die USPD-Führung im Jahr 1919 zwischen revolutionärem Anspruch und faktischer Entscheidungsschwäche lavierte und zwischen den Flügeln moderieren musste, erreichte die Krise der Partei 1920 ihren Höhepunkt. Schon seit dem Parteitag im November 1919 in Leipzig stand die Frage auf der Tagesordnung, ob die USPD der von Lenin initiierten Dritten bzw. Kommunistischen Internationale (Komintern) beitreten sollte, die im März desselben Jahres gegründet wurde und der auch die KPD angehörte. Letztlich ging es hier um nichts anderes als die Frage, ob die USPD als eigenständige Partei erhalten bleiben sollte oder sich den russischen Kommunisten und damit auch ihren deutschen Genossen von der KPD unterordnen müsse. Eine Mehrheit der Mitglieder und Delegierten befürwortete einen Anschluss an die Komintern, während der Parteivorstand versuchte, eine Entscheidung darüber zu verzögern. Eine Delegation der USPD, der Arthur Crispian, Ernst Däumig, Wilhelm Dittmann, und Walter Stoecker angehörten, reiste im Juli 1920 zu dem mehrwöchigen 2. Weltkongress der Komintern, um über einen Beitritt der USPD zu verhandeln. Nach den Erfahrungen, die man dort sammeln konnte, insbesondere auch hinsichtlich der dort beschlossenen *Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale* (die „21. Bedingungen“), musste eigentlich allen Beteiligten klar sein, dass ein Beitritt zur Komintern die Umwandlung der USPD in eine totalitäre Partei zur Folge haben musste. Darüber hinaus hatte insbesondere Dittmann bei seinen Reisen einiges über die Lebensumstände in Russland erfahren können, was mit der kommunistischen Propaganda nicht in Einklang zu bringen war. Diese Eindrücke machte er Ende August und Anfang September 1920 in dem Parteiblatt *Freiheit* publik, um für die

Selbstständigkeit der USPD zu werben. In dem Artikel „Deutsche Arbeiter in Rußland“ schilderte er das Elend deutscher Auswanderer. „Es sei ihnen in Deutschland alles ganz anders geschildert worden, ihnen sei gesagt worden, daß sie in eine kleine Fabrik für sich kämen, die sie selber verwalten sollten, daß Wohnungen für alle vorhanden seien, daß die Ernährung gut und reichlich sei, und jetzt sei nichts von alledem wahr.“ Sein Artikel „Die Wahrheit über Rußland“ war eine eindeutige Abrechnung mit dem Leninismus: „Die deutschen Arbeiter wollen keine Führerdiktatur, sondern wirkliches Selbstbestimmungsrecht der Masse, keine Diktatur *über* das Proletariat, sondern die Diktatur *des* Proletariats.“⁸⁶ Angesichts dieser Äußerungen war offenkundig, dass die Frage des Beitritts zur Komintern die USPD zerreißen musste.

Paradox allerdings war, dass die USPD während dieses Prozesses der Selbstzerstörung kräftig expandierte. Bei der Wahl zum ersten Reichstag im Juni 1920 erzielte sie 17,6 Prozent und 84 Mandate, eines davon errang wiederum Louise Zietz. Als zweitstärkste Partei lag die USPD nur knapp hinter der MSPD mit 21,9 Prozent und 103 Mandaten. Die USPD hatte dabei ihre Hochburgen in den alten industriellen Zentren des Regierungsbezirks Düsseldorf, Mitteldeutschlands, Berlins und der norddeutschen Großstädte. So erzielte sie zum Beispiel in Berlin 42,7, in Remscheid 40,1, im Freistaat Braunschweig 40,5 und in Thüringen 29,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, während die MSPD in diesen Gegenden ziemlich marginalisiert wurde. Letztlich konnte die USPD dort gute Wahlergebnisse auf Kosten der MSPD einfahren, wo es einen traditionellen Arbeiterradikalismus gab und lokale Funktionäre, die Parteipresse oder sogar ganze Gliederungen zu den Unabhängigen „übergelaufen“ waren. In Hamburg, Altona und Köln hingegen, um nur wenige Beispiele zu nennen, gelang der USPD die Verdrängung der Rivalin nicht. Insgesamt zeigte die Wahl von 1920 – und vorher schon der Kapp-Lüttwitz-Putsch und der anschließende Ruhraufstand – sehr deutlich, dass die politischen Ränder immer stärker wurden. Und innerhalb der USPD, die im September 1920 knapp 900.000 Mitglieder hatte, galt dies auch.

Ende 1920 eskalierten die Flügelkämpfe in der USPD dann endgültig. Anfang September trat eine Parteikonferenz in Berlin zusammen, auf der die Berichte der Russlanddelegation diskutiert wurden. Arthur Crispian, zusam-

men mit Georg Ledebour Parteivorsitzender, sprach sich eindeutig gegen einen Beitritt zur Komintern aus. „Wir müssen“, rief er den Teilnehmern zu, „nicht eine internationale Sekte errichten, die alle acht Tage gereinigt wird, aus der man alle acht Tage herausschmeißt, wer einem nicht paßt [...]. Wir wollen nicht unsere Vernunft vergewaltigen.“ Nach Crispian trat der „Gefühlsrevolutionär“ Ernst Däumig auf und forderte die Partei dazu auf, Stellung zu „nehmen für oder wider die 3. Internationale. Soweit ich die Entwicklung sehe, die sich revolutionär vollzieht in Deutschland, in der ganzen Welt, kann für mich die Parole nur lauten: Anschluß an die 3. Internationale!“ Wilhelm Dittmann griff in Anschluss an Däumig noch einmal seine Kritik an den russischen Verhältnissen auf, während Walter Stoecker „gleich Däumig eine opportunistische Schaukelrede hielt, in der er über die strittigen Kernfragen hinwegglitt und in revolutionärem Gefühlsüberschwang sich an radikalen Phrasen berauschte“⁸⁷ – so jedenfalls die Einschätzung von Wilhelm Dittmann. In der abschließenden Diskussion sprach sich auch Louise Zietz, die die Konferenz leitete, gegen den Beitritt zur Komintern aus. Beschlüsse wurden bei dieser Konferenz nicht gefasst; dies geschah dann auf einem außerordentlichen Parteitag in Halle im Oktober 1920. Aber schon vor dem Parteitag zeigten sich in der USPD Auflösungserscheinungen, in einigen Bezirken war die Parteispaltung schon vollzogen worden und in den Vorständen und Redaktionsstuben standen sich die Befürworter und die Gegner eines Beitritts zur Komintern unversöhnlich gegenüber.

Am ersten Tag des Parteitags im Volkspark in Halle brachte Louise Zietz ihren ganzen Unmut und ihre Verbitterung über den Zustand der Partei zum Ausdruck. „Zunächst möchte ich nur sagen“, rief sie den Delegierten zu, „daß überall dort, wo die Anhänger der Richtung Koenen, Stoecker und Däumig zufällig die Mehrheit hatten (Unruhe), da haben sie überall die Leitung, alte bewährte Parteigenossen und –genossinnen (aha!), die in der Zeit, als es noch gefährlich war, für den Sozialismus zu werben [...], die für ihr Ideal wahrhaftig alles geopfert haben, jetzt abgesägt.“ Zum Ende ihrer Rede zog sie dann, noch vor der Abstimmung über den Beitritt zur Komintern, einen eindeutigen Schlussstrich: „Und diese Tatsache“, gemeint waren Verleumdungen der Parteileitung, die schon an den Umgang mit Abweichlern in der Sowjetunion erinnerten, „zeigt uns auch, daß diejenigen Genossen und Genossinnen, die wirklich treu zur U.S.P. halten, [...] natürlich mit den

bisherigen Genossen nicht mehr zusammenarbeiten können.“ In den folgenden Diskussionen wurden dann auch nur noch altbekannte Argumente wiederholt, unter anderem auch von Grigori Sinowjew, dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), in einer vierstündigen Rede. Der Parteitag stimmte schließlich mit 236 gegen 156 Stimmen für die Annahme der 21. Bedingungen und den Beitritt zur Komintern.

Die Parteiführung um Arthur Crispian interpretierte – durchaus zu Recht – das Votum der Mehrheit als Austritt aus der USPD und Beitritt zur KPD. Die Minderheit, der sich auch Louise Zietz anschloss, setzte den Parteitag in einem schon zuvor organisierten Saal im Zoologischen Garten fort, Louise Zietz wurde dort als Parteisekretärin wiedergewählt.

Im Dezember 1920 wurde die Spaltung dann auch rechtskräftig vollzogen, als der linke Flügel der USPD mit der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) verschmolz. Die Rest-USPD verlor zwar knapp zwei Drittel ihrer Mitglieder, aber die Mehrzahl der höheren Funk-

tionäre und Mandatsträger, darunter 59 von 81 Reichstagsabgeordneten, entschieden sich so wie Louise Zietz und Wilhelm Dittmann. Auch die Redakteure der so wichtigen Parteipresse verblieben in ihrer Mehrheit bei den Unabhängigen. Und die USPD blieb, was häufig übersehen wird, nach der Spaltung zunächst ziemlich stabil. In Abgrenzung sowohl zur „opportunistischen“ MSPD als auch zur „putschistischen“ KPD konnte die USPD weiterhin Wählermassen mobilisieren, auch wenn sie Wähler an beide anderen Arbeiterparteien verlor. So erzielte sie 1921 bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin 19,2 Prozent und auch gute Ergebnisse bei den Landtags- bzw. Bür-

gerschaftswahlen in Thüringen (16,4 Prozent) und Bremen (19,7 Prozent) im selben Jahr. Im folgenden Jahr war die USPD bei der Landtagswahl in Braunschweig mit 27,6 Prozent sogar stärker als Mehrheitssozialdemokraten und Kommunisten zusammen. Die USPD sah sich weiterhin als die Partei *aller* revolutionären Sozialisten und hoffte, nach beiden Seiten eine Magnetfunktion ausüben zu können. Dass die USPD auch nach der Krise im Oktober 1920 tatsächlich weite Teile der parteipolitisch organisierten Arbeiterbewegung hätte aufsaugen oder als Plattform für eine erneute Einheit hätte dienen können, war Anfang der 1920er Jahre nicht so unwahrscheinlich, wie es uns heute erscheint. Die Gründe für den Niedergang der USPD lagen weniger in eigenen politischen Fehlern, sondern vielmehr in äußeren Entwicklungen, denen sich die Partei nicht entziehen konnte.

Mit dem wesentlich von der Komintern geplanten kommunistischen Aufstand in Mitteldeutschland im März 1921 und der darauf folgenden Parteisäuberung in der VKPD, in dessen Zuge unter anderem auch Ernst Däumig die Partei verließ, war deutlich geworden, dass die von Moskau aus gesteuerten Kommunisten für eine revolutionäre Aktionseinheit ausfielen. Genau davor hatten Louise Zietz und viele andere ja ein Jahr zuvor eindringlich gewarnt. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums wiederum wurde der Kampf gegen die Republik zusehends militanter. Am 26. August wurde der „November-Verbrecher“ Matthias Erzberger vom katholischen Zentrum von Angehörigen der rechtsradikalen „Organisation Consul“ ermordet, wenige Wochen zuvor war Karl Gareis, der Fraktionsvorsitzende der USPD im bayerischen Landtag, einem ähnlichen Anschlag zum Opfer gefallen. Am 24. Juni 1922 schließlich wurde Außenminister Walther Rathenau (DDP) von Attentätern der Organisation Consul erschossen. All diese Morde wurden wenigstens von Teilen der Behörden, der Reichswehr und der nationalistischen Öffentlichkeit gebilligt, wenn nicht sogar stillschweigend unterstützt. In dieser aufgeheizten Situation näherten sich die MSPD und Teile der USPD wieder an. Am 14. Juli 1922 bildeten beide Parteien im Reichstag eine Arbeitsgemeinschaft, im September schließlich fand der Vereinigungsparteitag in Nürnberg statt. Die Mehrheit der Funktionäre und Mitglieder folgte der Parteiführung, Minderheiten traten zur KPD über oder verblieben in der alten USPD, die über den Status einer Splitterpartei aber nicht mehr hinaus kam.



Abb. 15: Louise Zietz und ihr Freund Wilhelm Dittmann, 1919

Bei allen innerparteilichen Auseinandersetzungen, den politischen Morden, Putschen und Aufständen darf aber nicht vergessen werden, dass weiterhin parlamentarische Arbeit stattfand. Und Louise Zietz war als Abgeordnete sowohl der Nationalversammlung (Wahl am 19. Januar 1919) als auch des ersten Reichstags (Wahl am 6. Juni 1920) an den entscheidenden Debatten ihrer Zeit beteiligt. Sie äußerte sich am Rednerpult zu vielen politischen Fragen, ihre Schwerpunkte lagen jedoch in den Bereichen Gleichstellungs-, Sozial- und Bildungspolitik. An dieser Stelle seien nur zwei Debatten herausgegriffen, an denen sich Louise Zietz mit Nachdruck beteiligte. Es handelt sich dabei um die Grundsatzfrage der Geschlechtergleichheit in der Weimarer Reichsverfassung und jene um den Status weiblicher Beamter.

Im Artikel 109 der *Verfassung des Deutschen Reiches* stand: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“⁸⁸ Das war im Vergleich zur Verfassung des Kaiserreichs natürlich ein Quantensprung, aber um das Wort „grundsätzlich“ entbrannte im Juli 1919 eine heftige Debatte in der Nationalversammlung. Zunächst plädierte Marie Juchacz von der MSPD, die Nachfolgerin Louise Zietz‘ als Frauensekretärin in der MSPD, für die Streichung des „grundsätzlich“ und die Fassung „Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte.“ Gegen diese Änderung sprach sich allerdings die Abgeordnete Christine Teusch vom Zentrum aus. Die „Gleichwertigkeit“ der Geschlechter, führte sie aus, sei für sie „keineswegs eine naturwidrige Gleichartigkeit. Es können nicht rein schematisch und in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse den Männern und Frauen sachlich und restlos die nämlichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten verliehen werden. Ein solches Extrem der Gleichmacherei müssen wir ablehnen.“ Ablehnend äußerten sich unter anderem auch die Abgeordneten Herrmann Luppe (DDP) und der Deutschnationale Arthur von Posadowsky-Wehner. Auch Louise Zietz meldete sich mit einer sehr leidenschaftlichen Rede zu Wort. Sie zielte darauf ab, dass das „grundsätzlich“, und das war genau die Intention der Formulierung, die Gleichstellung der Frau bei Verehelichung auf dem Umweg über das Privatrecht aushebeln würde. „Ich bin der Meinung“, so die Abgeordnete Zietz, „daß, wenn Sie die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau anerkennen, dann logisch daraus folgert, daß sie auch im öffentlichen und bürgerlichen Recht dem Manne gleichgestellt werden muß.“⁸⁹ Aber nur mit den Stimmen

beider sozialdemokratischen Parteien konnte der diskriminierende Passus nicht verändert werden, der bürgerliche und konservative Block gegen eine volle Frauenemanzipation stand felsenfest.

Auch die Abschaffung der Diskriminierung von weiblichen Beamten erwies sich als Fehlschlag. Laut den gesetzlichen Bestimmungen (das Reichsbeamtengesetz von 1907 blieb in Kraft) waren Frauen zum „Beamtinnen-Zölibat“ verpflichtet und mussten bei Heirat oder der Geburt eines unehelichen Kindes den Dienst quittieren. Und dies bei Verlust des Ruhegehalts. Diese Ausnahmebestimmung wurden zwar nach einer heftigen Debatte in der Nationalversammlung, bei der sich neben Louise Zietz vor allem auch die Mehrheitssozialdemokratin Toni Pfülf beteiligte, aufgehoben, in der Praxis aber fortgeführt und mit der „Personalabbauverordnung“ von 1923 dann auch wieder legalisiert. Zudem wurde in dem kurzen Zeitraum, in dem der Beamtenstatus von verheirateten Frauen möglich war, die Verheiratung durch niedrigere Ortszuschläge „bestraft“. Wozu all dies führte, machte Louise Zietz schon im Juli 1919 in der Nationalversammlung deutlich. „Es liegen mir“, berichtete sie, „eine ganze Reihe von Zuschriften von Lehrerinnen und Beamtinnen vor, die sich bitter beklagen, daß sie in das Konkubinat durch diese Bestimmung hineingetrieben werden, wenn sie nicht auf die Ehe überhaupt verzichten wollen.“⁹⁰ Letztlich konnte der Staat weiterhin seine finanziellen Probleme auf die Beamtinnen abwälzen.



Abb. 16: Louise Zietz bei der Arbeit im Parteivorstand der USPD, 1919

Wie anhand der beiden Beispiele gezeigt wurde, fällt die Bilanz sozialdemokratischer Frauenbewegung und Gleichstellungspolitik in der Weimarer Republik zwiespältig aus. Ihre weitreichenden Forderungen, die auf „gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der

Abstammung⁹¹ (Heidelberger Programm von 1925) hinausliefen, konnte die Sozialdemokratie nur bedingt und gegen zähen Widerstand umsetzen. Neben dem so wichtigen Frauenwahlrecht konnten noch Fortschritte beim Jugendwohlfahrtsgesetz (1922), der Zulassung von Frauen als Rechtsanwältinnen und Richterinnen (1922) oder bei Mindestlöhnen und Sozialversicherungen für Heimarbeiterinnen (1924) erzielt werden. Die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern aber – von „feinen Unterschieden“ ganz zu schweigen – wurde bei weitem nicht erreicht. Selbst nach 1945 sollte es in der Bundesrepublik noch Jahrzehnte dauern, bis wenigstens die juristische Diskriminierung von Frauen beseitigt wurde.

Auch in der Politik selbst lässt sich über die Rolle der Frauen kein klares Urteil fällen. Das vor allem von der Sozialdemokratie erkämpfte Frauenwahlrecht zahlte sich für sie gerade nicht aus. Die Zustimmung zur SPD war bei Frauen durchweg geringer als bei Männern. Die eigentliche „Frauenpartei“ in der Weimarer Republik war das katholische Zentrum, und gerade in Gleichstellungsfragen verfolgte das Zentrum eine fast schon reaktionäre Politik. Die wenigen Frauen, die wie Louise Zietz in den Reichstag gewählt wurden, erfuhren von ihren männlichen Kollegen häufig keine allzu große Wertschätzung und wurden mehr toleriert als akzeptiert. Dies war weniger auf eine generelle Ablehnung von Frauen zurückzuführen, sondern vielmehr Ausdruck eines Unverständnisses von politischer Betätigung weiblicher Abgeordneter. Frauen im Parlament wurden, so Thomas Mergel, „lange Zeit als Fremdkörper empfunden. Ihre Anwesenheit stellte in diesem männlich besetzten Raum eine sinnliche und ästhetische Irritation dar: andere Kleidung, andere Stimmen, andere Körper.“⁹² Da die Rednerinnen und Redner aufgrund noch nicht existierender Verstärkeranlagen gezwungen waren, ihre Reden in einem äußerst lauten Tonfall vorzutragen, nahmen männliche Zuhörer die Beiträge der weiblichen Abgeordneten als „kreischend“ oder „hysterisch“ wahr. So wurde das altbekannte Zerrbild weiblicher „Hysterie“ und Unvernunft in den politischen Raum übertragen. „Daß Louise Zietz sich gelegentlich als ‚kreischende Zwischenruferin‘ hervortat, schrieb die ‚Tägliche Rundschau‘ ihrer ‚frauenhaften Hemmungslosigkeit‘ zu.“⁹³ Dass Frauen häufig genug auf ihre Körper reduziert und als „Mannweib“, „Flintenweib“ oder fürsorgliche „Muttel“ vorgestellt wurden, verwundert nicht. Und außerhalb des Parlaments und der seriösen Presse konnten derartige Vorur-

teile noch ins Extrem gesteigert werden. Ein Beispiel dafür ist die geradezu demagogische Polemik des deutschnationalen Journalisten Adolf Stein in seinem Buch *Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die Anderen*. „Wenn man ihr muskulöses breites Gesicht ohne Zucken als Sprechmaschine dienen sieht“, so Stein, „[...] wenn man ihre kräftigen Arme stoßweise die Luft hämmern sieht, als wolle sie Hufeisen schmieden, so hat man unbedingt den Eindruck, daß ein Mann einem gegenübersteht, der nur in Ermangelung von Hosen sich in das lange Weibergewand geworfen hat.“⁹⁴ Wir wissen nicht, was solche Schmähungen und Beleidigungen bei Louise Zietz auslösten. Selbst von wohlmeinenden Zeitgenossen wurde sie immer als etwas unnahbar beschrieben, es ist sehr wahrscheinlich, dass sie sich auch aufgrund der vielen persönlichen Angriffe eine Härte und „ein dickes Fell“ zugelegt hatte.

Im Parlament selbst wurden Frauen auf bestimmte Politikfelder festgelegt: Frauen-, Jugend-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Bis heute hat sich daran nicht viel geändert. Und die bescheidene Repräsentanz von Frauen im Reichstag nahm mit der Zeit sogar noch ab. In den ersten Reichstag mit seinen 459 Mitgliedern wurden „immerhin“ 37 Frauen gewählt, aber die Quote ging kontinuierlich zurück. Zwischen den Frauen in den unterschiedlichen Parteien gab es zwar bisweilen Formen von weiblicher Solidarität und gemeinsames Abstimmungsverhalten in frauenpolitischen Fragen, in der Regel aber überwog die politische Bindung an die jeweilige Partei. Über die einfache Abgeordnetentätigkeit hinaus gab es für Frauen praktisch keine Karriere-möglichkeiten und der Zugang zu Ministerien war ihnen versperrt. Das Streben von Louise Zietz und anderen Sozialdemokratinnen, Frauen zur völligen Gleichstellung und gleichberechtigter Mitarbeit an politischen Prozessen zu verhelfen, ist also in der Weimarer Republik nur bedingt erfolgreich gewesen. Aber es war ein Fundament gelegt, auf dem Frauen wie Elisabeth Selbert, Louise Schröder, Käthe Strobel und viele andere mehr aufbauen konnten.

Aber vieles, was noch in der Sozialdemokratie und in der Weimarer Republik geschehen sollte, erlebte Louise Zietz nicht mehr. „Plötzlich und unerwartet“, so ihr Freund Wilhelm Dittmann, „starb am 27. Januar 1922 unsere Louise Zietz im 57. Lebensjahre. Am Tage vorher hatte sie im Plenarsaal des Reichstages einen Schlaganfall erlitten und hauchte am nächsten Morgen ihre Feuerseele aus.“⁹⁵

13 NACHLEBEN

Der Tod von Louise Zietz löste eine große Anteilnahme weit über die USPD oder das linke politische Spektrum hinaus aus. Die Bestürzung, die ihr Tod auslöste, mag man daran ablesen, dass sogar die italienische *Il Popolo Romano* über „La drammatica fine di una deputatessa tedesca“⁹⁶ berichtete. Die Trauerrede hielt ihr alter Freund Wilhelm Dittmann. „Sie war ein ganzer Mensch“, so beschloss er seine Rede, „ein starker Charakter, eine seltene Persönlichkeit, eine proletarische Kämpferin von unbezähmbarer

Energie und doch mit einem Herzen voll Liebe und Güte. Wenn einst unsere Enkel der großen Vorkämpfer des Sozialismus aus unserer Zeit gedenken werden, dann werden sie unter den ersten Namen auch den unserer Louise Zietz nennen.“⁹⁷ Dass Dittmann hier die „Liebe und Güte“ hervorhob zeigt noch einmal, dass man das in Teilen der Öffentlichkeit gezeichnete Bild des „hysterischen Mannweibs“ nicht hinnehmen wollte. Ganz ähnlich äußerte sich Reichstagspräsident Paul Löbe vor den Abgeordneten. Nach jahrzehntelanger gemeinsamer Arbeit wisse er, so wurde seine Rede in der liberalen *Frankfurter Zeitung* zitiert, daß hinter dem harten Harnisch der Kämpferin, und darum für die Welt draußen verborgen, ein mütterlich sorgsames Herz schlug.“⁹⁸ Auch Clara Mende von der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP), die mit Louise Zietz politisch überhaupt nichts verband, schlug in ihrem Nachruf in der *Nationalen Correspondenz* sehr nachdenkliche Töne an. Mende habe bei einer Tasse Kaffee „die Lebensgeschichte ihrer sozialistischen Kollegin erfahren. Ich habe seitdem manches verstanden und nicht mehr verurteilen können, was andere ihr vorzuwerfen hatten.“⁹⁹



Abb. 17: Porträt von Louise Zietz als Reichstagsabgeordnete, 1920

nationalen Correspondenz sehr nachdenkliche Töne an. Mende habe bei einer Tasse Kaffee „die Lebensgeschichte ihrer sozialistischen Kollegin erfahren. Ich habe seitdem manches verstanden und nicht mehr verurteilen können, was andere ihr vorzuwerfen hatten.“⁹⁹

Angesichts all dieser positiven Urteile ist es erstaunlich, dass Louise Zietz nach 1945 nahezu in Vergessenheit geraten ist. Ihr früher Tod erschwerte sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch der DDR eine politische Einordnung. In der DDR würdigte man vor allem das Wirken von Louise Zietz bis 1914 und stellte ihre proletarische Herkunft heraus. Warum sie „nicht an Claras Seite“ blieb, war aber für eine ideologisch motivierte Erinnerung problematisch. Um diesen Graben zu überbrücken übertrieb man Louise Zietz' Opposition zum Parteivorstand bis hin zu der häufig wiederholten Legende, sie sei im Oktober 1915 „Sprecherin einer Deputation Berliner Genossinnen, die eine Sitzung des Parteiausschusses der Sozialdemokratischen Partei ‚störte‘, um dort Kritik an der Politik der Parteiführung zu üben“, gewesen. Zu einer konsequenteren Haltung habe sie sich nicht „durchringen“ können und bei der Gründung der KPD „die gesetzmäßige Notwendigkeit und Bedeutung der Bildung der marxistisch-leninistischen Partei“¹⁰⁰ nicht erkannt. Dass Louise Zietz in der DDR überhaupt positiv gewürdigt wurde, lag wohl insbesondere darin begründet, dass sie aufgrund ihres frühen Todes die Vereinigung von MSPD und USPD nicht mehr mitvollziehen konnte. Ob sie diesen Schritt vollzogen hätte, muss Spekulation bleiben, ist aber aus heutiger Sicht als wahrscheinlich zu bewerten. Sie war viel zu eng persönlich und politisch mit Wilhelm Dittmann verbunden, einem der maßgeblichen Vereinigungsbefürworter innerhalb der USPD, als dass sie in der USPD verblieben oder sogar in die KPD eingetreten wäre. Und bei den zeitgenössischen Mehrheitssozialdemokraten glaubte man „ihren lebhaften Wunsch nach einer Wiedervereinigung der Parteien“¹⁰¹ zu kennen.

In Westdeutschland und bei der Sozialdemokratie tat man sich mit der Erinnerung an Louise Zietz etwas leichter. Biografische Beiträge gibt es außer den hier genannten aber kaum, darüber hinaus findet sie praktisch nur Erwähnung in Spezialstudien zur proletarischen Frauenbewegung. Diese Darstellungen waren durchaus ausgewogen, konzentrierten sich aber zu stark auf Zietz' Rolle als Agitatorin und Parteibürokratin. Letztlich war dies auch darauf zurück zu führen, dass ihre Tätigkeit im USPD-Parteivorstand und vor allem als Parlamentarierin unterbelichtet blieb. In der weit verbreiteten Darstellung zur Geschichte der SPD, geschrieben von Susanne Miller und Heinrich Potthoff, fehlt ihr Name gänzlich.¹⁰² Dies mag, neben anderen bereits genannten Gründen, auch daran liegen, dass sich die sozialdemokratisch

geprägte Geschichtsschreibung bisweilen sehr stark auf den mehrheitssozialdemokratischen Traditionsstrang bezog. Die USPD, und mit ihr auch Louise Zietz, wurde als Anomalie betrachtet und vor dem Hintergrund ihres Verhältnisses zu den beiden anderen Arbeiterparteien beurteilt. Dabei war die Spaltung der Sozialdemokratie in einen demokratisch-reformistischen und einen totalitären Flügel, zwischen denen die USPD schließlich zerrieben wurde, keine historische Notwendigkeit. So steht Louise Zietz in mancher Hinsicht symbolisch für eine radikal-gesellschaftsverändernde, aber dennoch demokratische sozialistische Alternative in der Weimarer Republik, die sich letztlich nicht durchsetzen konnte.

14 SCHLUSS

Viel erinnert heute nicht mehr an Louise Zietz. In Bargtheide, Bad Oldesloe, Zwickau und Berlin sind Straßen nach ihr benannt, ihre Grabstätte befindet sich auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde, dem „Sozialistenfriedhof“.¹⁰³ Diese dürftige Erinnerungslandschaft entspricht aber keineswegs ihrer Bedeutung in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Als Agitatorin war sie ihren Zeitgenossen bekannt und ihre Rolle bei der politischen Mobilisierung von Frauen kann kaum überschätzt werden. Es waren Frauen wie Louise Zietz, die durch harte Arbeit unter widrigen Umständen den Grundstein dafür legten, dass es überhaupt eine nennenswerte sozialdemokratische Frauenbewegung gab. Ihre männlichen Genossen, so muss man es formulieren, waren ihnen dabei nicht immer eine Unterstützung. Ihre sozialdemokratische Identität mussten sie sich dabei weitgehend selbst erarbeiten. So wie Louise Zietz über ihre persönlichen Erfahrungen von Ausbeutung und Solidarität, der Lektüre anspruchsvoller sozialistischer Literatur und dem Glauben an eine bessere Welt zur Sozialdemokratin und Sozialistin wurde, erging es auch vielen anderen namenlosen Frauen. Aufgrund ihrer Beharrlichkeit, ihres Fleißes und ihrer politischen Talente stieg

sie zur ersten Frau im SPD-Parteivorstand auf und zog als Abgeordnete in die Nationalversammlung und den Reichstag ein. Dabei blieb sie bescheiden und vermittelnd, war zu politischen Kompromissen fähig und stellte das Wohl der Partei nicht selten über das eigene. Diese Loyalität sollte aber nicht mit Einfallslosigkeit oder mangelnder politischer Selbstständigkeit verwechselt werden. In der Gebärstreikdebatte von 1913 war sie in der Lage, fundamentale politische Gegensätze auszubalancieren. Die Burgfriedenspolitik der SPD nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs unterstützte sie zwar widerwillig, aber doch auch nur so lange, wie noch auf eine Neuorientierung seitens der Parteiführung zu hoffen war. Als dann aber 1917 die Spaltung der Sozialdemokratie nicht mehr aufzuhalten war, schloss sie sich den kompromisslosen Kriegsgegnern von der USPD an.

Dieser Partei blieb sie bis zum Ende ihres Lebens treu, aber zum Zeitpunkt ihres Todes deutete sich der Zerfall der Unabhängigen schon an. Innerhalb der USPD blieb sie jedoch eine jener Funktionäre, die eine Unterwerfung unter die Kommunistische Internationale vehement ablehnten. In der Nationalversammlung und im Reichstag trat sie leidenschaftlich für die völlige Gleichstellung von Männern und Frauen und eine stärkere Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ein. Dass sie gerade aufgrund ihrer Tätigkeit als Abgeordnete mit frauenfeindlicher und persönlich herabwürdigender Häme überzogen wurde, verdeutlicht, wie schwer der Kampf um Gleichberechtigung in diesem Zeitraum tatsächlich war. Eben genau darum war ihr unermüdliches politisches Engagement, das letztlich wohl auch zu ihrem frühen Tod beitrug, so wichtig.

Was also bleibt rückblickend von Louise Zietz? Wohl die Erkenntnis, dass die Mühen politischer Arbeit nicht vergeblich sind, selbst wenn man in Vergessenheit gerät. Denn auch heute stellt sich immer noch Louise Zietz' Frage: „Willst du arm und unfrei bleiben?“

ANMERKUNGEN

- ¹ Juchacz, Marie: Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin/Hannover 1955, S. 66.
- ² Zit. nach Zietz, Louise: Wie wir Kinder den Eltern beim Brotverdien helfen mussten, in: Münchow, Ursula (Hg.): Arbeiter über ihr Leben. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum Ende der Weimarer Republik, Berlin (O) 1976, S. 104-107.
- ³ Juchacz, Marie: Sie lebten für eine bessere Welt, S. 67.
- ⁴ Zit. nach Zietz, Louise: Das alles erfahren wir erst aus Bebel's „Frau“, in: Gemkow, Heinrich/Miller, Angelika (Hg.): August Bebel – „... ein prächtiger alter Adler“. Nachrufe – Gedichte – Erinnerungen, Berlin (O) 1990, S. 302-306, hier S. 303.
- ⁵ Schmidt, Jürgen: August Bebel. Kaiser der Arbeiter. Eine Biografie, Zürich 2013, S. 122.
- ⁶ Evans, Richard J.: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin/Bonn 1979 (Internationale Bibliothek, Bd. 119), S. 44.
- ⁷ Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, Zürich 1879, S. 145 ff.
- ⁸ Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1998, S. 73.
- ⁹ Hoffrogge, Ralf: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914, Stuttgart 2011, S. 91.
- ¹⁰ Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, S. 73.
- ¹¹ Bergmann, Anna A.: Frauen, Männer, Sexualität und Geburtenkontrolle. Zur Gebärtstreikdebatte der SPD im Jahre 1913,

in: Hausen, Karin (Hg.): Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1987 (Beck'sche Reihe, Bd. 276), S. 83-110, hier S.86.

- ¹² Zit. nach Mommsen, Wilhelm: Deutsche Parteiprogramme. Eine Auswahl vom Vormärz bis zur Gegenwart, München 1951, S. 98 ff.
- ¹³ Zit. nach Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, unveröffentlichte Diplomarbeit Universität-Gesamthochschule Duisburg 1988, S. 11 f.
- ¹⁴ Zit. nach Seebacher-Brandt, Brigitte: Bebel. Kündler und Kärner im Kaiserreich, Berlin/Bonn 1988, S. 158.
- ¹⁵ Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, S. 157.
- ¹⁶ Evans, Richard J.: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, S. 88.
- ¹⁷ Zit. nach Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 11.
- ¹⁸ Braun, Lily: Memoiren einer Sozialistin, Bd. 2: Kampffahre, München 1911, S. 238.
- ¹⁹ Zit. nach Evans, Richard J.: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, S. 175.
- ²⁰ Zit. nach Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 6.
- ²¹ Zit. nach ebd., S. 22.
- ²² Zit. nach ebd., S. 24 f.
- ²³ Zit. nach ebd., S. 27.
- ²⁴ Bieber, Hans-Joachim: Der Streik der Hamburger Hafendarbeiter 1896/97 und die Haltung des Hamburger Senats, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 64, 1979, S. 91-148, hier S. 98.
- ²⁵ Zit. nach Spillner, Marina: Louise Zietz'

Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 31.

- ²⁶ Ebd., S. 33.
- ²⁷ Notz, Gisela: „Alle, die ihr schafft und euch mühet im Dienste anderer, seid einig!“ Louise Zietz, geb. Körner (1865-1922), in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2) 2003, S. 135-149, hier S. 137.
- ²⁸ Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Frankfurt a. M./New York 1995 (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Bd. 14), 3 Bd., Bd. 1, S. 38.
- ²⁹ Zit. nach Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 76.
- ³⁰ Zietz, Louise: Gewinnung und Schulung der Frau für die politische Betätigung, Berlin 1914, S. 6.
- ³¹ Zit. nach Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 58.
- ³² Zietz, Louise: Gewinnung und Schulung der Frau für die politische Betätigung, Berlin 1914, S. 10.
- ³³ Zietz, Louise: Warum sind wir arm? Eine eindringliche Frage an alle Arbeiterinnen, Berlin 1914, S. 2 ff.
- ³⁴ Zietz, Louise: Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen, Berlin 1912 (Sozialdemokratische Frauenbibliothek, Bd. 3), S. 15.
- ³⁵ Zietz, Louise: Die Wirksamkeit des Kinderschutzgesetzes, in: Die neue Zeit 24 (18), 1905/06, S. 587-594, hier S. 594.
- ³⁶ Zietz, Louise: Landarbeiter und Sozialdemokratie. Nach dem Referat auf der Frauenkonferenz in Mannheim 1906, Berlin 1907, S. 31.
- ³⁷ Zietz, Louise: Zieglerelend, in: Die neue Zeit 24 (44), 1905/06, S. 596-604, hier S. 601.
- ³⁸ Evans, Richard J.: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kai-

serreich, S. 162 f.

- ³⁹ Zietz, Louise: Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen, S. 10 ff.
- ⁴⁰ Zahlen bei Evans, Richard J.: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, S. 337 f; Niggemann, Heinz (Hg.): Frauenemanzipation und Sozialdemokratie. Mit Beiträgen von Ottilie Baader, Lily Braun, Käthe Duncker, Clara Zetkin, Louise Zietz u. a., Frankfurt a. M. 1981, S. 299 ff.
- ⁴¹ Döll-Krämer, Inge/Krämer, Gerd/Vesper, Ingrid: Sozialdemokratische Frauens- und Vertrauenspersonen in Altona vor 1914. Ein Beitrag zur Geschichte der Frauenbewegung in Schleswig-Holstein, in: Demokratische Geschichte 7, 1992, S. 121-151, hier S. 131 f.
- ⁴² Zit. nach Evans, Richard J.: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, S. 142.
- ⁴³ Zit. nach ebd., S. 147.
- ⁴⁴ Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, S. 168 f., 38.
- ⁴⁵ Zadek, Ignaz: Ein sozialdemokratischer Ärzteverein, in: Sozialistische Monatshefte 20 (3), 1914, S. 158-171, hier S. 158.
- ⁴⁶ Schmiedebach, Heinz-Peter: Politische Positionen und ethisches Engagement: Julius Moses und die Medizin im 20. Jahrhundert, in: Schneider, Michael (Hg.): Julius Moses. Schrittmacher der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik in der Weimarer Republik. Vorträge anlässlich der Ausstellungseröffnung am 15. Dezember 2005 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Bonn 2006 (Gesprächskreis Geschichte, Bd. 65), S. 9-38, hier S. 16.
- ⁴⁷ Zit. nach Bergmann, Anna A.: Frauen, Männer, Sexualität und Geburtenkontrolle, S. 95.
- ⁴⁸ Zit. nach ebd.

- ⁴⁹ Zit. nach Niggemann, Heinz (Hg.): Frauenemanzipation und Sozialdemokratie, S. 271.
- ⁵⁰ Zit. nach Mehr Gesundheit wagen. 100 Jahre Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im deutschen Gesundheitswesen. Festschrift zum Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) 2013, S. 16.
- ⁵¹ Gegen den staatlichen Gebärzwang. Reden des Reichstagsabgeordneten August Brey, des Genossen Dr. Silberstein und der Genossin Louise Zietz, Hannover 1914.
- ⁵² Grebing, Helga/Kühne, Tobias: „Der Krieg steht uns noch sehr nahe“. Ein Interview mit Helga Grebing, in: *perspektiven ds* 2/2014, S. 8-17, hier S. 13.
- ⁵³ Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 306, 2. Sitzung, S. 9.
- ⁵⁴ Weipert, Axel: Umkämpfter Burgfriede. Spontaner und organisierter Protest im Ersten Weltkrieg, in: *perspektiven ds* 2/2014, S. 69-83, hier S. 72. f.
- ⁵⁵ Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 155.
- ⁵⁶ Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 2, S. 256.
- ⁵⁷ Zit. nach Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 156.
- ⁵⁸ Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 2, S. 242.
- ⁵⁹ Zit. nach Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 157.
- ⁶⁰ Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 2, S. 256.
- ⁶¹ Zietz, Louise: Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg, Berlin 1915 (Ergänzungshefte zur Neuen Zeit, Bd. 21).
- ⁶² Zietz, Louise: Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Kriegs und nachher, Berlin 1916, S. 47.
- ⁶³ Zit. nach Weipert, Axel: Umkämpfter Burgfriede, S. 71.
- ⁶⁴ Zietz, Louise: Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg, S. 1.
- ⁶⁵ Zit. nach Weipert, Axel: Umkämpfter Burgfriede, S. 74 f.
- ⁶⁶ Zit. nach Strahl, Antje: Rostock im Ersten Weltkrieg. Bildung, Kultur und Alltag in einer Seestadt zwischen 1914 und 1918, Berlin 2007 (Kleine Stadtgeschichte, Bd. 6), S. 138.
- ⁶⁷ Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, Bonn 1991, S. 77.
- ⁶⁸ Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 161 f.
- ⁶⁹ Notz, Gisela: „Alle, die ihr schafft und euch mühet im Dienste anderer, seid einig!“, S. 146.
- ⁷⁰ Zit. Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 164.
- ⁷¹ Grebing, Helga/Kühne, Tobias: „Der Krieg steht uns noch sehr nahe“, S. 15.
- ⁷² Zit. nach Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 2, S. 463 f.
- ⁷³ Spillner, Marina: Louise Zietz' Wirken in der proletarischen Frauenbewegung des Kaiserreichs, S. 161 f.
- ⁷⁴ Zit. nach ebd., S. 165.
- ⁷⁵ Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 2, S. 500.
- ⁷⁶ Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 314, 194. Sitzung, S. 6190.
- ⁷⁷ Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD, S. 90.
- ⁷⁸ Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 3, S. 916, 921 f.
- ⁷⁹ Toller, Ernst: Feuer aus den Kesseln, Pa-
- derborn 2013, S. 20 f.
- ⁸⁰ Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 2, S. 521.
- ⁸¹ Ebd., S. 587.
- ⁸² Geyer, Curt: Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen, Stuttgart 1976 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 30), S. 90.
- ⁸³ Zit. nach Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 2, S. 649.
- ⁸⁴ Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S. 74.
- ⁸⁵ Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 2, S. 662.
- ⁸⁶ Zit. nach ebd., S. 753, 761.
- ⁸⁷ Zit. nach ebd., S. 770 ff.
- ⁸⁸ Zit. nach www.verfassungen.de (1. Februar 2015).
- ⁸⁹ Verhandlungen der Deutschen Reichstags (Nationalversammlung), Bd. 328, 57. Sitzung, S. 1560 ff.
- ⁹⁰ Ebd., 59. Sitzung, S. 1641.
- ⁹¹ Zit. nach Mommsen, Wilhelm: Deutsche Parteiprogramme, S. 121.
- ⁹² Mergel, Thomas: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 135), S. 105.
- ⁹³ Ebd., S. 106.
- ⁹⁴ A. [d. i. Adolf Stein]: Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die Anderen. Die Weimarer Nationalversammlung 1919-Februar/August-1919, Berlin 1919, S. 215.
- ⁹⁵ Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 2, S. 829.
- ⁹⁶ Il Popolo Romano vom 29. Januar 1922.
- ⁹⁷ Zit. nach ebd., S. 830.

- ⁹⁸ Zit. nach Frankfurter Zeitung vom 28. Januar 1922.
- ⁹⁹ Mergel, Thomas: Pwlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, S. 130.
- ¹⁰⁰ Zörner, Guste: Louise Zietz, in: Dies. (Hg.): Sie kämpften auch für uns, Leipzig [1967], S. 32-40, hier S. 38 f.
- ¹⁰¹ Hamburger Echo vom 28. Januar 1922.
- ¹⁰² Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD.
- ¹⁰³ http://sozialistenfriedhof.de/ihrer_legien_zietz.html (1. Februar 2015).